

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M.
im voraus zahlbar, halbjährig 20,52 M.,
jährlich 40,00 M. Postzusatz 10% und
72 Pf. Vertriebsgebühren. Ausland-
abonnemnt 6,- M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Postzuschlag
5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“, „Berliner Brandstimm“,
„Lohn“, „Blitz in die Böhmerwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatt“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Freitag
7. August 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitig kongressförmige 80 Pf.
Kriegsbeilage 5,- M. „Kleine An-
gebote“ das festgedruckte Wort 25 Pf.,
Üblich 2mal festgedruckte Wort, jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10% Zeit-
stellengebühr das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
13 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochen-
täglich von 9 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abrechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Berl. Pr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disk.-Ges., Depotsitzung, Jerusalemstr. 65/66.

Preußens Wähler und Wählerinnen!

Kundgebung der Preussischen Regierung.

Rechtsparteien, Stahlhelm und Kommunisten — unversöhnliche Todfeinde in unnatürlicher Paarung vereint — rufen zum Volksentscheid für Auflösung des Preussischen Landtags auf. Parteien, deren fanatische Anhänger sich täglich in Ueberfällen und blutigen Kämpfen gegenüberstehen, finden sich urplötzlich zusammen. Mit derselben Waffe des „Ja“-Zettels zum Volksentscheid wollen beide Teile das denkbar Entgegengesetzte erreichen: Die einen ein bolschewistisches, russisches Methoden nachgeahmtes Sowjetpreußen, die anderen das alte volksfeindliche Preußen des Dreiklassen-Wahl-Unrechts oder eines faschistischen Gewaltregiments.

Und doch: Eines ist in der Tat den Rechts- und Linksradikalen, die hier zum Sturm auf den Preussischen Landtag einsehen, gemeinsam, klaffen auch ihre weiteren Ziele unvereinbar auseinander: Nationalsozialisten und Kommunisten wollen das Chaos, wollen den Sturz des Bestehenden. Jeder denkt aber, an die Stelle des Gestürzten seine Herrschaft setzen und die anderen — eben noch willkommenen Bundesgenossen beim Volksentscheid — unter seine Füße treten zu können.

Der Preussische Landtag würde der Verfassung gemäß ohnehin spätestens im Mai 1932 neu gewählt werden. Selbst beim Gelingen des Volksentscheids würde frühestens Anfang Dezember gewählt werden können. Wegen der kurzen unterschiedlichen Frist von vier Monaten werden nunmehr schon seit dem Februar des Jahres die politischen Leidenschaften aufs schärfste aufgestachelt. Ein für das Volkwohl ungemein schädliches Beginnen in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Not, in der alles darauf ankommt, die öffentliche Ordnung und Sicherheit als unentbehrliche Vorbedingung für jede Möglichkeit eines Wiederaufstiegs Deutschlands zu schützen.

Geht es wirklich nur darum zu erreichen, daß der Preussische Landtag um einige Monate früher gewählt werden soll? Nein! Vereint wollen die Links- und Rechtsradikalen, wollen Nationalsozialisten und Kommunisten das letzte große Bollwerk, die Zitadelle der Demokratie und Republik in Deutschland: Preußen erstürmen. Mit dem Gelingen des Volksentscheids wollen sie weithin sichtbar das Flammenzeichen geben, daß das Ende der Demokratie, des Volksstaates, in Deutschland gekommen sei. Der Weg soll nunmehr frei sein zur Verwirklichung der Pläne auf Vernichtung aller Volksrechte, die nach dem Zusammenbruch von 1918 dem gesamten deutschen Volk erst die Kraft und den Mut gegeben haben, aus den Trümmern des alten Deutschen

Reiches ein neues zu errichten und die Deutschen so vor der sonst sicheren Vernichtung als Staatsvolk zu bewahren.

Die Betreiber des Volksentscheids sind gewissenlos genug, der preussischen Staatsregierung die Schuld an dem schweren wirtschaftlichen Unheil aufzuladen, das jetzt über das deutsche Volk hereingebrochen ist. In Wirklichkeit sind es die Folgen des verlorenen Krieges und der uns auferlegten Kriegslasten, die Folgen der Ruhrbesetzung und der Inflation und volkswirtschaftlich verfehlter Maßnahmen, nicht zuletzt aber auch das unverantwortliche Gebaren unserer radikalen Parteien, ihre Bürgerkriegsspielerei und großsprecherische Revanchepolitik, die sich nunmehr zu unser aller Unglück auswirken. Nichts wäre unheilvoller, als den Urheber des Volksentscheids oder ihren kommunistischen Bundesgenossen auch noch das Staatsrudel in Preußen in die Hand zu geben.

Gelingen des Volksentscheids bedeutet: Sieg zweier für den Augenblick vereinter gegnerischer radikaler Flügel, die dann in einen erbitterten Kampf miteinander um die Endherrschaft eintreten und Staat und Wirtschaft in diesen Vernichtungskampf mit hereinreißen würden.

Ein Scheitern des Volksentscheids ermöglicht eine Weiterführung der ruhigen und stetigen Regierungspolitik in Preußen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und als wertvollste Stütze des Reiches bei allen Verhandlungen mit dem Ausland, die der Festigung des Vertrauens zu Deutschland und dem Wiederaufbau seiner Wirtschaft dienen.

Wer aus blindem Haß gegen die Errungenschaften der Demokratie den Sturz der Regierung der Weimarer Koalition in Preußen will,
wer an die Stelle von Ordnung und Sicherheit die gegenseitige Zerschleissung der dann um die Herrschaft kämpfenden radikalen Parteien, also den Bruderkrieg im eigenen Land, sehen will,
wer die mühsam wieder angeknüpften, von der deutschen Wirtschaft zur europäischen Umwelt führenden Fäden wieder zerreißen will,
wer ein Sowjet-Preußen oder ein faschistisches Preußen will,
der gehe zum Volksentscheid und stimme mit „Ja“.

Wer dagegen für den sozialen und demokratischen Ausbau der deutschen Republik und des Freistaates Preußen ist,

wer der Preussischen Staatsregierung mithelfen will, uns aus dem furchtbaren Elend der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit in hartem und zähem Kampf wieder aufwärts zur Gesundung zu führen,

wer Vernunft, Besonnenheit und tiefe, glühende Liebe zu Volk und Vaterland gerade in schwerster Zeit beweisen will,

der folge der Parole:

Haltet euch fern vom Volksentscheid! Beteiligt euch nicht am Volksentscheid!

Das Preussische Staatsministerium:

Dr. h. c. Braun
Ministerpräsident.

Dr. Ing. e. h. Severing
Minister des Innern.

Dr. h. c. Hirtfelder
Minister für Volkswohlfahrt.

Dr. h. c. Steiger
Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Dr. Höpfer-Wschhoff
Finanzminister.

Dr. Schreiber
Minister für Handel und Gewerbe.

Dr. Schmidt
Justizminister.

Grimme
Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Ein Wort an das Volk.

Der Aufruf der Preußenregierung in 2500 Zeitungen.

Die preußische Staatsregierung hat ihren Aufruf gegen den Volksentscheid 2500 Zeitungen in Preußen als Auflage nach der Pressenotverordnung zugehen lassen. Von zuständiger Stelle wird dazu folgende Begründung gegeben:

„Die preußische Staatsregierung hat sich im Augenblick des Höhepunktes des Kampfes um den Volksentscheid, zu einem Zeitpunkt, wo die Agitation der Rechtsparteien und der Kommunisten sich geradezu überschlägt, entschlossen, ihr bisheriges Schweigen zu brechen. Die Staatsregierung hat bisher ruhig und abwartend dem entseffelten Pressesturm und der übrigen ungeheuer leidenschaftlichen Agitation im Lande gegenübergestanden. Sie hat aber, je mehr dieser Ansturm gewachsen ist, sich der Notwendigkeit nicht verschließen können, jetzt einmal selbst Stellung zu nehmen und zum Volke selbst zu sprechen. Sie hat sich dazu auch deshalb entschlossen, weil sehr zahlreiche Stimmen aus dem Lande die Regierung bestürmten, endlich von sich aus ein Wort zu sprechen und die als zu weit empfundene Zurückhaltung aufzugeben.“

Die preußische Staatsregierung hat sich keineswegs leichten Herzens dazu entschlossen, ihre Kundgebung auf dem Wege einer Inanspruchnahme der Notverordnung zu verbreiten. Die preußische Staatsregierung erkennt das hohe Gut der Pressefreiheit in vollem Umfange als wertvollsten Bestandteil der politischen Rechte des deutschen Volkes an. Sie wird nie ihre Hand zu einer wirklichen Verletzung der Pressefreiheit und zu ihrer willkürlichen Einschränkung hehlen. In dem obwaltenden Falle aber mußte die Staatsregierung in einer Schicksalsstunde des preußischen Staates die Gelegenheit ergreifen, um zum ganzen Volke sprechen zu können. Die verderbliche Abschließung und Isolierung der Leser der Parteipresse der Rechten und der Kommunisten, die einseitige und tendenziöse Information dieser Millionen Staatsbürger wächst sich in einer Stunde, wie wir sie augenblicklich durchleben, zu einer Gefahr für das Volksganze aus. Diesen Staatsbürgern mußte einmal von den für die Leitung der Staatsgeschäfte verantwortlichen Männern gesagt werden können, was alles auf dem Spiel steht.

Die großen technischen Schwierigkeiten einer Belleterung der gesamten preußischen Presse zu gleicher Zeit mit dem Aufruf der Staatsregierung machten eine Schematisierung leider derart nötig, daß auch den zahlreichen Blättern gegenüber, die aus positiver Einstellung zum heutigen Staat oder doch aus Loyalität den Aufruf auch freiwillig gebracht hätten, die Kundgebung ebenso auf Grund der Notverordnung zugeht wie den ausgesprochenen Oppositionsblättern, die um keinen Preis freiwillig sich dazu bereit gefunden hätten, der Staatsregierung die Möglichkeit zu geben, zu ihren Lesern zu sprechen. Von einer Bedrohung der Pressefreiheit ist hier übrigens um so weniger die Rede, als die Zeitungen die Möglichkeit haben, noch in derselben Nummer zu der Kundgebung Stellung zu nehmen. Die Kritik ist also in keiner Weise ausgeschaltet.

Die Deffentlichkeit möge aus der Tatsache, daß gerade die preußische Regierung, die die Pressefreiheit sehr hoch schätzt und die auch zu Zeitungsverböten nur greift, wenn die für jeden Kulturlaie selbstverständliche Pressefreiheit in einem Maße mißbraucht wird, daß schwere Schädigungen der Gesamtheit daraus erwachsen können, sich hier der Notverordnung bedient hat, ermessen, wie dringend notwendig es erschien, in Kontakt mit der gesamten Wählerschaft zu kommen. Wenn irgend jemand, so hat die Staatsregierung, die im schweren Kampfe um Deutschlands Wiederaufstieg und gegen Masseneind und Arbeitslosigkeit steht, die Pflicht, warnend und wegweisend ihre Stimme zu erheben, wenn Katastrophopolitiker die bisherige Arbeit zerstören und uns schwersten Gefahren überantworten wollen.“

Die Reise nach Rom.

In Mussolinis Sonderzug durch Südtirol.

Bozen, 6. August.

Reichsminister Dr. Brüning und Reichsaussenminister Dr. Curtius sind heute nachmittags um 16 Uhr am Brenner eingetroffen. Am Grenzbahnhof wurden sie vom deutschen Botschafter Dr. von Schubert, Legationsrat Grafen Balboni und vom Präfecten der Provinz Bozen begrüßt. Um 17.30 Uhr wurde die Reise im Sonderzug des Ministerpräsidenten Mussolini nach Rom fortgesetzt.

Keine Illusionen!

Paris, 6. August. (Eigenbericht.)

Der „Temps“ schreibt zu der Reise Brüning und Curtius nach Rom unter Hervorhebung der Richtigkeit deutsch-italienischer Freundschaft für das alleuropäische Zusammenwirken: „Wenn der deutsche Rationalismus nur darauf hinkt, dem Deutschen seine alte beherrschende Macht wiederzugeben, so wird er unvermeidlich bei dem Faschismus auf Widerstand stoßen. Nur im Rahmen einer umfassenden und aufrichtigen europäischen Zusammenarbeit können sich beide Kräfte veröhnen.“

Die Baumwoll-Transaktion.

Verhandlungen Deutschland-USA.

Washington, 6. August. (Associated Press.)

Das Staatsdepartement hat das Angebot der deutschen Regierung über den Ankauf von Baumwolle erhalten und dieses Angebot an das Farmboard weitergeleitet. Einzelheiten des deutschen Angebots sind nicht bekanntgegeben worden.

Amerikaner halten still!

New York, 6. August.

Die New-Yorker Federal Reserve Bank hat im Einvernehmen mit den anderen Federal Reserve-Banken beschlossen, ihre Beteiligung an dem Abkommen mit der Reichsbank über die kurzfristigen Kredite zu erneuern.

In dem Befinden Edisons ist eine Besserung eingetreten, so daß er eine Spazierfahrt im Auto unternehmen konnte. Der 84 Jahre alte Erfinder bedurft beim Gehen und beim Besteigen des Wagens seiner Unterstützung.

Neue deutsche Gesandte. Ernannt wurden Graf Friedrich Berner von der Schulenburg zum Gesandten in Bukarest, Geheimrat Ernst Eisenlohr für Athen und Dr. Bipert von Blücher für Lissabon.



Vorforg für die Niederlage.

Der Stahlhelm sucht nach Entschuldigungsgründen.

Der Stahlhelm erhebt in seiner Zeitschrift bereits ein lautes Siegesgeschrei. Mit der Zuversicht ist es indessen nicht weit her. Unmittelbar vor der Abreise des Reichstanzlers nach Rom hat der Stahlhelm ihm ein Schreiben geschickt, in dem weinerlich Beschwerde über die Preußenregierung geführt wird, die den Volksentscheid „sabotiere“ und eine Anfechtung der Abstimmung angekündigt wird. Natürlich, einer muß doch schuld sein, wenn der Stahlhelm hineinfällt!

Auch der Reichspräsident wird bemüht. Bei ihm erhebt der Stahlhelm Klage, daß die Preußenregierung mit Hilfe der Notverordnung zum ganzen Volke spricht. Der Stahlhelm glaubte, ungehindert und unbeantwortet hehen, schimpfen und verleumden zu können. Da ist ihm allerdings ein Strich durch die Rechnung gemacht worden.

Es spricht immerhin für die Vorsicht des Stahlhelms, daß er sich beizeiten nach Gründen für seine Niederlage umsieht!

Kahl gegen Dingeldey.

Dringende Warnung vor dem Stahlhelmschicksal.

Der hochangesehene volksparteiliche Abgeordnete Gehelmrat Dr. Wilhelm Kahl, der Ehrenvorsitzende der Deutschen Volkspartei, richtete an die „Kölnische Zeitung“ das folgende Telegramm:

„Den Ausführungen meines Freundes Dohna gegen Beteiligung der Deutschen Volkspartei am Volksentscheid vom 9. August stimme ich aus tiefster Ueberzeugung in vollem Umfang bei und halte nach der gesamten innen- und außenpolitischen Lage die Nichtbeteiligung für vaterländische Pflicht.“
D. Dr. Wilhelm Kahl, M. d. R.“

Antwort an Herrn Dingeldey.

Herr Dingeldey wirft uns im „8-Uhr-Abendblatt“ Verletzung des politischen Anstandes vor, weil wir eine Zeitschrift aus volksparteilichen Kreisen veröffentlicht hatten. In dieser Zeitschrift war dargelegt, daß selbst die Zentralleitung

der Volkspartei nur mit halbem Herzen an den Volksentscheid herangehe.

Herr Dingeldey behauptet, wir hätten diese Zeitschrift „fabriziert“. Er behauptet es aufs Geratewohl, ohne einen Schatten eines Beweises dafür zu beibringen. Im selben Atemzug spricht er uns „politischen Anstand“ ab. Wir erklären ihm, daß seine Behauptung vollständig falsch ist.

Im übrigen hätte die außerordentlich scharfe Stellungnahme seiner Parteifreunde Universitätsprofessor Graf Dohna und Professor Wilhelm Kahl gegen den Volksentscheid belehren müssen, wie geteilt die Stimmung in seiner Partei ist.

„Befreiung“ der Landarbeiter.

Kommunisten und Landbund in der Volksentscheidfront.

Mit dem stöckreaktionären Landbund wetteifern die Kommunisten, um die Landarbeiter für den Volksentscheid zu gewinnen. Während der Reichslandarbeiterbund, eine gelbe Organisation des großagrarischen Landbundes, die Landarbeiter auffordert, Preußen durch die Stimmgabe beim Volksentscheid wieder frei zu machen, sekundieren die Kommunisten den Junkern vom Reichslandbund durch eine wilde Hege gegen den freigewerblichen Landarbeiterverband.

Niemals hat sich der kommunistische Arbeitererrat schamloser entkühlt, als bei diesem Hand-in-Hand-Arbeiten mit dem ostelbischen Großjunker, dem ärgsten Klassenfeind der Landarbeiter. Die Kommunisten bieten der finsternen Reaktion im östlichen Deutschland die Hand, um bei der Zerschlagung des Landarbeiterverbandes, der ein Wert des Sozialdemokraten Otto Braun ist, mitzuheilen. Als Steigbügelhalter der Schloßherren und Latifundienbesitzer wollen sie den Landarbeitern ihre schärfste Waffe im Klassenkampf entwenden und sie wieder in die Knechtschaft des wilhelminischen Preußens zurückwerfen.

Die Landarbeiter werden die Lockungen der Landbündler mit Hohnlachen zurückweisen und nur dort, wo sie unter wirtschaftlichem Druck stehen, zur Urne gehen, selbstverständlich aber mit „Nein“ stimmen. Den Kommunisten aber wird die Schande anhaften bleiben, daß sie die in schwersten Kampfe stehenden Landarbeiter an die schwarzweitere Reaktion ver-raten haben.

Sparfassenverkehr freigegeben.

Ab Sonnabend voller statutenmäßiger Sparfassenbetrieb.

Ab Sonnabend wird der Auszahlungsverkehr bei den Sparfassen freigegeben. Auszahlungen bis zu 300 Mark sind völlig frei, für Auszahlungen über 300 Mark gelten die statutenmäßigen Kündigungsstermine.

Die Verordnung über die Freigabe des Sparfassenverkehrs lautet:

Verordnung über Sparguthaben.

Vom 6. August 1931.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Juli 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 365) wird verordnet:

Artikel 1. Vom 8. August 1931 an gelten für Guthaben aus Sparkonten und Sparbüchern (bei Banken, Sparfassen aller Art und Genossenschaften) bis auf weiteres folgende Bestimmungen:

§ 1. Bis zum Höchstbetrage von dreihundert Reichsmark werden Zahlungen (Barauszahlungen und Ueberweisungen) ohne vorherige Kündigung geleistet. Zahlungsbestimmungen, die den Anspruch auf eine Zahlung ohne vorherige Kündigung auf einen niedrigeren Betrag beschränken, bleiben unberührt.

§ 2. (1.) Die Zahlung eines höheren Betrages als insgesamt eines Betrages von dreihundert Reichsmark innerhalb eines Zeitraumes von einem Monat kann nur gefordert werden, wenn eine rechtzeitige Kündigung erfolgt ist.

(2.) Die Kündigungsfrist beträgt, soweit keine längere Frist ausdrücklich vereinbart worden ist, für Beträge von mehr als dreihundert Reichsmark bis zu eintausend Reichsmark einen Monat, für Beträge über eintausend Reichsmark drei Monate.

Heraus zum Kampf gegen den Volksbetrug der Hitler, Hugenberg und Thälmann!

Heute, Freitag, den 7. August, 20 Uhr

Große Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Saalbau Friedrichshain — Kiloms Festsäle, Hasenheide 15 — Spichernsäle, Spichernstr. 3 — Hochschulbrauerei, Seestraße — Atlantik-Säle, Behmstraße 5, Ecke Bedstraße

Redner:

Clara Bohm-Schuch, Arthur Crispian, Wilhelm Dittmann, Käthe Kern, Paula Kurgaß, Franz Künstler, Karl Litke, Georg Maderholz, Otto Meier, Toni Sender, Mathilde Wurm

Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich!

§ 3. Ist vor Inkrafttreten dieser Verordnung eine Kündigung erfolgt, so wird der Zeitraum vom 13. Juli 1931 bis zum 7. August 1931, soweit er in die Kündigungsfrist fällt, nicht mitgerechnet.

Artikel 2. Diese Verordnung tritt am 8. August 1931 in Kraft; zu derselben Zeit tritt Artikel 3 der Sechsten Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen vom 1. August 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 419) außer Kraft.

Zu dieser Verordnung wird die folgende amtliche Erläuterung gegeben:

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten über die Spar- und Girofassen vom 5. August 1931 ist den Sparfassen die Möglichkeit eröffnet worden, geeignete Unterlagen zu schaffen, auf die sie sich durch Vermittlung der Akzept- und Garantbank bei der Reichsbank die nötigen Kassenmittel verschaffen können. Es besteht daher keine Notwendigkeit mehr, den Zahlungsverkehr der Sparfassen weiter zu beschränken, zumal das Verhalten der Bevölkerung am ersten Tage des freien Zahlungsverkehrs bei den Banken den Erwartungen entsprechen hat, die der Reichstanzler in seiner Kundfunkt-rede ausgesprochen hat, und auch anzunehmen ist, daß die Inhaber von Sparguthaben die gleiche Besonnenheit und das gleiche Vertrauen an den Tag legen werden.

Schon vom nächsten Sonnabend ab soll sich daher der Zahlungsverkehr, soweit es sich um Guthaben aus Sparkonten handelt, im wesentlichen wie vor den Bankfeiertagen gestalten. Allerdings wird er sich in den Grenzen halten müssen, welche schon die — früher nicht überall streng innegehaltene — Musterfassung des Spar- und Giroverbandes vorsteht. Diese Fassung schreibt bekanntlich vor, daß innerhalb eines Monats bis zu 300 Mark ohne vorherige Kündigung abgehoben werden können, während die Abhebung größerer Beträge von der Einholung gewisser Kündigungsfristen abhängig ist.

Die Beamten erhalten Gehalt.

Die zweite Rate bereitgestellt.

Die Gelder zur Auszahlung der zweiten Rate der Beamtengehälter stehen, wie amtlich mitgeteilt wird, zur Verfügung. Ihre Auszahlung an die Beamten wird sich reibungslos abwickeln.

Der Reichstag genehmigte am Donnerstag eine Verordnung zur Abänderung der Reisekostenverordnung für die Reichsbeamten. Diese Verordnung ist ein Bestandteil des allgemeinen Ersparnisprogramms der Reichsregierung und legt die bisherigen Reisekostenvergütungen herab. — Weiter wurde Aenderungen der Verordnung zur Durchführung des Beamtenheim-stättengesetzes zugestimmt. Für den Posten eines stellvertretenden Präsidenten des Reichsdisziplinarhofs in Leipzig soll mit Zustimmung des Reichsrats der Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Böhmer vorgeschlagen werden.

Das Kartell der Republikanischen Verbände erläßt zum Volksentscheid einen Aufruf, in dem es alle Republikaner und Republikanercinnen auffordert: Bleibt am 9. August der Wahlurne fern! Nutzt jede Gelegenheit zur Aufklärung über die schlimmen Folgen dieses Volksentscheides! Wer infolge seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit sich durch Terror gezwungen glaubt, der Abstimmung nicht fernbleiben zu können, stimme mit Nein!

Lichtenbergs neue Schulstadt

Den Deutschnationalen für Arbeiterkinder zu gut!

Im Bezirk Lichtenberg sind vor einigen Tagen die bis jetzt fertiggestellten Bauteile der Schulneubaugruppe an der Schiffallee und der Fischerstraße ihrer Bestimmung übergeben worden, und zwar an eine Knabenmittelschule, eine Volksschule und an eine Knabenberufsschule. Ein weiterer für das Pestalozzi-Oberlyzeum bestimmter Bauteil ist im Rohbau ebenfalls schon fertiggestellt, mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt konnte er jedoch nicht vollendet werden. An dem Anlagengebäude, an den Hof- und anderen Anlagen wird zur Zeit noch gearbeitet.

Vor mehr als Jahresfrist hat der „Vorwärts“ wiederholt auf die Schulraumnot im Bezirk Lichtenberg hingewiesen und zu ihrer Behebung die Notwendigkeit des Projektes betont, das von dem bekannten Berliner Architekten Max Laut entworfen wurde. Uns ist noch sehr gut erinnerlich, daß das unter maßgeblichem Einfluß der Sozialdemokratie gerissene Projekt in der Lichtenberger Bezirksversammlung mit den Stimmen aller Parteien angenommen worden ist. In der Stadterordnetenversammlung bekam die Sache später aber ein etwas anderes Gesicht. Die Deutschnationalen hatten plötzlich entdeckt, daß eine so großzügige Schulanlage, wie die Lichtenberger sie planten, für einen profetarischen Bezirk eine doch zu große Sache wäre und unter dem Vorwand, daß hier die verhassten roten „Luzusbau“ aufzuführen wollten, wurde mit allen Mitteln gegen den Plan Sturm gelaufen. In der entscheidenden Sitzung der Stadterordnetenversammlung stimmten die Deutschnationalen dann auch gegen die Vorlage. Dennoch wurde

sie mit den Stimmen der leinerzeitigen Rathauskoalition und der Kommunisten angenommen. Man sollte nun meinen, daß die Angelegenheit damit ihr Bemenden gehabt hätte. Doch weit gefehlt. Raum beziehen in diesen Tagen die ersten Arbeiterkinder die eben fertiggestellten Schulen, da heißt wieder der „Berliner Lokal-Anzeiger“ gegen das von der „roten Wehrheit“ nun „allein“ geschaffene Wert.

Wir sind über das auf richtig 6,2 Millionen Mark veranschlagte und jetzt 4 statt 3 Schulen umfassende Projekt etwas besser informiert als die Herren Redakteure des „Berliner Lokal-Anzeiger“. Wir wissen, daß die Lichtenberger wahrhaftig keinen „Luzusbau“ aufgeführt haben und daß, auch in der heutigen Finanzmisere, man noch lange nicht von einer „Ungeheuerlichkeit“ und von einer „Provokation“ sprechen kann, wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ dieses großzügige Projekt zu kennzeichnen beliebt. Allein die Tatsache, daß in den jetzt fertiggestellten Gebäudeteilen drei statt wie ursprünglich vorgesehen zwei Schulen untergebracht sind, zeigt, daß gerade wegen der schlechten Finanzlage der Stadt alle nur zu verantwortenden Einsparungen vorgenommen worden sind.

Die Lichtenberger Schulanlage ist ein Musterbeispiel vorbildlicher Einfachheit und Zweckmäßigkeit.

Dabei trägt der Schulneubau allen unterrichtlichen und hygienischen Bedürfnissen Rechnung, die unbedingt an moderne Unterrichtsanstalten zu stellen sind.

halb um die Vermittlung des mit Heckendorf befreundeten Eugen Spiro. Spiro wußte, daß, sobald um die Angelegenheit Heckendorf ein Spektakel entstehen würde, dieser als Maler in Berlin erledigt wäre. Schon im Interesse der Künstlerchaft wollte er den Skandal vermeiden. Es war aber nicht möglich, da sich der Sache bereits die Kriminalpolizei bemächtigt hatte. Spiro äußert sich über den Angeklagten als einen äußerst gütigen Menschen, der gern seinen Kollegen half. Er war sich der Strafbarkeit seiner Handlungsweise in dem Augenblick gar nicht bewußt. In dem gleichen Sinne sagte der Maler Freiherr von König aus: Die Tat, die er bezangen, sagte er, sieht ihm ähnlich.

Das Charakterbild des Kunstmalers Heckendorf ist somit klar gezeichnet. Er ist Opfer seiner geistigen Unreife, seiner Direktionslosigkeit im Leben geworden. Auch die Gesellschaft seines Bruders wurde ihm zum Verhängnis. Vielleicht hatte Spiro recht, als er meinte, daß dieses Erlebnis ihn zum reifen Mann machen würde. Die Verteidiger legten dem Bericht Bilder vor, die Franz Heckendorf im Gefängnis gemalt hatte. Blicke seine schöpferische Kraft ungeschwächt, so wird er trotz seiner Verfehlungen und trotz des Urteils seinen Weg als Künstler weitergehen.

Sifigas im Elektrizitätswerk.

Ein Ammoniak-Kompressor explodiert.

Paris, 6. August. (Eigenbericht.)

In der Elektrizitätszentrale des Pariser Haupttelegraphenamtes explodierte am Donnerstag infolge zu hohen Drucks ein Ammoniak-Kompressor, der zur Herstellung von kalter Luft für die Rohrpostleitungen diente. Ein Monteur wurde getötet, zwei Personen wurden schwer verletzt. Infolge der Explosion strömte das Ammoniakgas aus und drang in sämtliche Neberräumlichkeiten des Amtes ein, so daß diese schnelligst geräumt werden mußten. Mehrere Beamte wurden durch das Einatmen des Gases ohnmächtig. Die Feuerwehr reinigte mit Entlüstungsapparaten die Atmosphäre. Nach mehrstündiger Unterbrechung konnte der Dienst wieder aufgenommen werden.

Flugzeugunfall bei Lübeck.

Pilot Hagen gerettet.

Travemünde, 6. August.

Am Mittwoch nachmittag startete im hauseigenen Seeflughafen der bekannte Pilot Hagen vom Reichsverband der Deutschen Flugzeugindustrie mit einem Heinkel-Sportflugzeug zu einem Probeflug. Da der Motor nicht einwandfrei arbeiten wollte, schritt Hagen sogleich wieder zu Landung. Er setzte die Maschine hart auf, und im gleichen Augenblick wurde das Flugzeug durch Explosion in Brand gesetzt. Hagen konnte sich in Sicherheit bringen, das Flugzeug wurde völlig vernichtet.

Rotorradunglück in Spandau.

Während der Kreuzung Hertzstraße und Gaiower Chaussee in Spandau ereignete sich gestern nachmittag ein schwerer Rotorradunfall. Der 21-jährige Draher-Paul Schimmelpannig aus der Kolonie „Süd“ in Spandau raste mit seinem Rotorrad in einem Traktor. Sch. wurde in hohem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert, wo er mit zertrümmertem Schädel tot liegen blieb. Die Leiche wurde nach der Spandauer Halle gebracht.

Eugen Brückners Beisehung.

Die Beisehung des Genossen Landtagsabgeordneten Eugen Brückner findet am Sonnabend, dem 8. August, nachmittags 5 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde, Gubrunstraße, statt.

Urteil im Heckendorf-Prozeß.

6 Monate Gefängnis für den Kunstmaler wegen Unterschlagung.

Der Kunstmaler Franz Heckendorf wurde gestern wegen Unterschlagung und Betrug unter Zustimmung einer Bewährungsfrist zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Walter Heckendorf wegen Unterschlagung und einfacher Hehlerlei zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Der Haftbefehl gegen Walter Heckendorf blieb aufrechterhalten.

Zum Verständnis des Urteils ist in tatsächlicher wie persönlicher Hinsicht folgendes nachzutragen: Das Gericht hat Franz Heckendorf geglaubt, daß er die Kolbeische Plastik ihrem rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben beabsichtigte. Er hatte am Tagabend einer Bekannten auf deren Frage, weshalb er sich verspätet habe, erwidert: „Wir haben eine verwegene Autofahrt gemacht und aus einem Garten eine Puppe herausgeholt; wir wollen sie wieder zurückstellen.“ Und die Braut des Angeklagten bestätigte, daß Franz Heckendorf nachsucht hat, Professor Kolbe's Nachlass zu erlangen, um von ihm die Erlaubnis zu erhalten, einen Abguss von der Plastik herzustellen. Professor Kolbe selbst erklärte als Zeuge, daß von dem nackten Mädchen fünf bis sechs Abgüsse vorhanden seien, und er ohne weiteres bereit gewesen wäre, seine Plastik auf Heckendorfsche Bilder einzutauschen.

Andererseits nahm das Gericht als nicht erwiesen an, daß Franz Heckendorf über die Herkunft der Bilder und Teppiche, die er weiter verkauft hatte, Befehle empfangen habe. So blieb also nur die Unterschlagung; für den angeklagten Maler immer noch ein Trost. In gewissem Sinne ist er nun in den Augen seiner Kollegen rehabilitiert. Die Kollegen als Zeugen gaben auch den Schlüssel zum Verständnis seiner eigenartigen Persönlichkeit und

seiner noch viel eigenartigeren Verfehlung. Der bestohlene Fabrikant Görig, Franz Heckendorfs Nachbar in Teltow, nannte ihn einen „Trinkgewaltigen“. In den Bars sah man ihn meistens trinkend, und als er eines Tages den Zeugen besuchte, um dessen Kunstscheine anzusehen, und einige Flaschen Wein vorgelegt bekam, da vergaß er beim Leeren der Flaschen den eigentlichen Zweck seines Besuchs.

Besonders aufschlußreich war die Aussage des Vorsitzenden der Berliner Sejjession, des bekannten Malers Eugen Spiro. Die Kollegen hatten Franz Heckendorf gern wegen seiner heiteren Natur. Sie nahmen ihn aber nicht für toll. Er war wie ein großer Junge, der nie reif geworden war. Er mußte immer irgendwelche Streiche anstellen und war fast stolz, wenn sie ihm gelangen. Bezeichnend war ein Vorfall während einer gemeinsamen Reise durch Dalmatien. Die Frau des Zeugen äußerte ihre Bewunderung über eine reizende Palme, die an einem Hause wuchs. Heckendorf lief sofort zur Palme, holte sie und überreichte sie der Frau Spiro mit dem vergnügtesten Gesicht der Welt.

Diese Charakterisierung fand ihre Bestätigung in der mündl. Heckendorf lief sofort zur Palme, holte sie und überreichte ihm eines Tages mit strahlenden Augen die Plastik. Als der Zeuge dann erfuhr, daß sie aus dem Garten des Dr. Feidels stamme, war er einfach bestürzt. Das Ganze sei nur aus irgendeinem geistigen Defekt des Angeklagten zu erklären. Heckendorf war äußerst leichtsinnig. Mehr als einmal hatte der Zeuge zu ihm gesagt: Herr Heckendorf, Sie sollten Ihre Ausgaben Ihren Einkünften anpassen. Der Zeuge unternahm alles, um zu verhindern, daß die Angelegenheit in die Öffentlichkeit dringe, und hat des-



Die Freunde betraten als erste den heißen Kai. Beim Anblick der Konzessionäre löste sich aus der Menge der Wartenden und Neugierigen ein Bürger in rohleidendem Anzug los und suchte rasch im Gewühl des Hafens zu verschwinden. Es war aber schon zu spät. Der Jägerblick des großen Kombinator hat den rohleidenden Bürger sofort erkannt.

„Warten Sie eine Weile, Worobjew“, rief Ostap. Und er stürzte so rasch vorwärts, daß er den rohleidenden Mann mit wenigen Sägen erreichte. Ostap kehrte bald mit hundert Rubeln zurück.

„Mehr gibt er nicht. Ich habe aber auch nicht darauf bestanden, da ihm ohnehin kaum noch Geld bleibt, um nach Hause zu kommen.“

Und so war es auch. Nisfariski fuhr noch in derselben Stunde mit seinem Auto nach Sebastopol und von dort mit der Bahn dritter Klasse nach Hause, nach Stargorod.

Den ganzen Tag verbrachten die Konzessionäre im Hotel. Sie saßen nackt auf dem Fußboden und liefen jeden Moment unter die Brause. Das Wasser aber floß lau, wie schlechter Tee. Vor der Hitze gab es keine Rettung. Es war, als ob ganz Jalta schmelzen und ins Meer fließen wollte.

Gegen acht Uhr abends verfluchten die Freunde alle Stühle der Welt, zogen leichte Schuhe an und gingen ins Theater.

Wieder gab man die „Heirat“. Der von der Hitze ermattete Stepan machte Handstand und fiel dabei fast um. Agafia Lidonowna lief auf dem Seil und hielt mit den von Schweiß ganz nassen Händen den Schirm mit der Aufschrift: „Ich will Podkolesin haben“. Eigentlich wollte sie in diesem Augenblick, wie auch schon den ganzen Tag über nur das eine haben: Frisches Wasser mit Eis. Auch das Publikum war durstig. Davor mochte es liegen — oder vielleicht daran, daß der Anblick Stepan's, der die heiße Eierpeife verschluckte,

Widerwillen hervorrief, — kurz, die Vorstellung fand bei den Zuschauern wenig Anklang.

Die Konzessionäre waren befriedigt. Ihr Stuhl war da und stand neben drei neuen eleganten Kokostühlen.

Die Freunde saßen versteckt in einer der Logen und warteten geduldig auf das Ende der Vorstellung, die sich ungemein in die Länge zog. Endlich war es so weit. Das Publikum entfernte sich und die Schauspieler liefen aufatmend hinaus. Außer den Mitgliedern des Brillantenunternehmens blieb niemand im Theater. Was lebendig war, lief auf die Straße, um sich in dem Regen, der niedergehen begann, zu erfrischen.

„Folgen Sie mir, Kiffa!“ kommandierte Ostap. „Ertappt man uns, so sagen wir, daß wir Provinzler sind, die den Ausgang nicht finden können.“

Sie begaben sich auf die Bühne und durchsuchten bei Zündholzlicht die ganze Bühne, wobei sie sich an der hydraulischen Presse tüchtig anstießen. Der große Kombinator lief sodann die Treppe hinauf, in die Requisitekammer.

„Kommen Sie her!“ schrie er von oben.

„Worobjew schwenkte die Arme und lief hinauf.“

„Sehen Sie?“ fragte Ostap und zündete ein Streichholzchen an.

Eine Ecke des Gams-Stuhles war in der Dunkelheit zu sehen.

„Da ist er! Hier befindet sich unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft! Zünden Sie Streichholzchen an, Kiffa, ich werde ihn untersuchen.“

Und Ostap kramte in der Tasche nach seinem Werkzeug. „Nun“, sagte er und streckte seine Hand nach dem Stuhl aus, „noch ein Streichholzchen, Vorsitzender.“

Es wurde hell, aber markwürdigerweise sprang der Stuhl von selbst zur Seite, der Boden spaltete sich, und der Stuhl segte vor den Augen der staunenden Konzessionäre irgendwohin ins Leere.

„Mama!“ schrie Worobjew und wurde in demselben Moment, ganz gegen seinen Willen, gegen die Wand geschleudert.

Die Fensterscheiben fielen klirrend ins Freie hinaus und der Schirm mit der Aufschrift: „Ich will Podkolesin haben“ ward von einem Windstoß erfasst und durch das Fenster ins Meer hinausgeschleudert. Ostap lag auf dem Boden und war mit Brettern und Aulissen bedeckt.

Es war zwölf Uhr vier Minuten nachts. Was hier geschah, war der erste Stoß des großen Erdbebens in der Krim,

im Jahre 1927. Es war jener Stoß, der der Halbinsel einen ungemessenen Schaden zufügte und den Schatz den Händen der Konzessionäre entriß.

„Genosse Bender! Was ist das?“ schrie Worobjew entsetzt.

Ostap war außer sich. Ein Erdbeben stellte sich ihm in den Weg! Es war der erste Fall dieser Art in seiner an merkwürdigen Vorkommnissen wirklich nicht armen Praxis.

„Was ist das?“ brüllte Worobjew.

Man vernahm von der Straße her Geschrei, Klirren und Stampfen.

„Das bedeutet, daß wir so rasch als möglich auf die Straße flüchten müssen, bevor uns die Wände hier zermalmen. Ruff! Ruff! Geben Sie mir ihre Hand, Sie Feigling!“

Und sie stürzten dem Ausgang zu. Zu ihrer Verwunderung lag der Gamsstuhl völlig unbeschädigt bei der Tür, die von der Bühne auf die Straße führte. Worobjew winkelte wie ein Hund und packte den Stuhl mit beiden Händen. „Geben Sie die Jange her!“ rief er Ostap zu.

„Sie sind ein verfluchter Idiot!“ stöhnte Ostap. „Gleich wird der Plafond einstürzen und Sie machen sich mit solchen Sachen verrückt! Ruff ins Freie!“

„Die Jange!“ brüllte der schon halb wahnsinnige Worobjew.

„Der Teufel soll Sie holen! Sie können hier mit Ihrem Stuhl zugrunde gehen! Für mich aber hat mein Leben schon als Andenken einen gewissen Wert!“ Mit diesen Worten stürzte Ostap zur Tür. Worobjew schrie auf, packte den Stuhl und lief Ostap nach.

Als sie sich in der Mitte der Straße befanden, wankte die Erde unter ihren Füßen, Ziegelsteine fielen vom Dach des Theaters herab, und auf der Stelle, die die Konzessionäre eben verlassen hatten, lagen die Trümmer der hydraulischen Presse.

„Nun, geben Sie jetzt den Stuhl her!“ jagte Ostap kaltblütig. „Ach sehe, Sie sind schon müde vom Tragen.“

„Ich gebe ihn nicht!“ winkelte Worobjew.

„Was soll das heißen? Meuterei? Geben Sie den Stuhl her! Hören Sie?“

„Das ist mein Stuhl!“ brüllte Worobjew so gewaltig, daß er mit seiner Stimme das Stöhnen, Klirren, Krachen und Weinen ringsum überdünnte.

„Wenn es so sieht, da haben Sie Ihr Honorar, Sie alte Gaische!“ Und Ostap hieb Worobjew mit seiner bleischweren Hand in den Rücken. (Fortsetzung folgt.)

Wenn das Spiel gemacht ist...

Opfer der Leidenschaft und der Verzweiflung.

„Die Berliner lassen sich nicht „ausnehmen“, nicht neppen, blaffen, „reinlegen“, „anshmieren“, das befragen sie selbst!“ Dieser Ausdruck gibt immerhin zu denken! Auch wenn man die letzte Tatsache „... das befragen sie selbst“ erklären muß: die Berliner sind zu gewitzt, zu „helle“, um auf die diversen Reppmethoden reinzufallen, andererseits aber auch findig genug, um auf Lockspellen zu reagieren, aus gemachten Fehlern zu lernen und ihre Erfahrung sich selbst nutzbar zu machen! Die Not der Zeit hat das ihrige getan, um weiteste Volksschichten vor der Verführung zu bewahren. Die Luxuslokale im Westen haben sich auf eine solide Preisgestaltung einstellen müssen, und die Jägerstraße mit ihren leeren Nachtplastiklokalen, die von dunkelster Provinz existieren, spricht mit dem schabigen Kureihertum eine beredte Sprache von ehemaligem Glanz und Untergang der Lebewelt, dieses Reppobjektes!

Trotzdem wird gespielt! Trotz herrschender Not und sozialer Lage blühen Bauernfängerei und Schlepptrei, Anreißer und Repp beim Spiel im großen und im kleinen zu Sumpflilien nie geahnter Größe empor. Der Grund ist klar genug: ganze Volksschichten sind von Verzweiflung zerrüttet, so daß sie ihre letzte Hoffnung im Spiel, im „Treffer“, im Zufall erblicken. Namentlich ist es der proletarisierte Mittelstand, der seine Pseudobürgerlichkeit mit sich herumträgt und der das Opfer gewissenloser Ausbeuter, der Hyänen der Weltstadt, wird!

Wallfahrt nach Dresden und Zoppot.

Die Tatsache, daß man auf der Dresdener Prager Straße auf Schritt und Tritt kurfürstendämlichen Gesichtern begegnet, hat seinen tieferen Grund, als der oberflächliche Beobachter, der sich an den Schönheiten der Kunststadt erfreut, annehmen mag. Mit jedem Wochenende zieht nämlich die große „Wallfahrt nach Dresden“ zahlreicher spielfeßener Berliner ein, die hier der launischen Göttin Fortuna opfern! In Sachsen nämlich im allgemeinen, und in Dresden im besonderen wird das Cartésispiel, um dessen Sein oder Nichtsein als Glücks- oder Geschicklichkeitspiel sich die hopsgegangenen Berliner Klubunternehmer mit den Gerichten streiten, mit Chouette und Ponte (d. h. mit Beteiligung und Beratung!) ohne Anlegung des Königsfußes von den Behörden stillschweigend geduldet! Natürlich blühen auch hier Falchspiel und Repp, natürlich gibt es hier auch Klubs, in denen auf Zehntausende gespielt wird. Und die Oberkellner der eleganten Hotelrestaurants haben eine lange Liste bei der Hand, in der diese Klubs verzeichnet sind. Eine bemerkenswerte Type ist hier anzutreffen, die, ein schlagender Beweis, daß Dresden die Cartéstadt geworden ist, früher in Berlin die Klubs in der Schaperstraße und in der Kaiserallee machte: es ist der „Tapergreis mit dem Kinderhändchen“. „Ein Kinderhändchen haben“ heißt im Spielerjargon soviel wie Glück haben. Und tatsächlich spielt der „Tapergreis“ mit einem unheimlichen Glück!

Der Flugzeug, Auto, D-Zug und Dampfer ab Swinemünde fährt das nobilitische Berliner Spielerpublikum nach Zoppot im Freistaat Danzig. Sie haben es natürlich nicht nötig, diese Menschen nach Zoppot zu fahren, um Baccarat, Trente et quarante und Roulette zu spielen. Es gibt in Berlin zahlreiche sogenannte „Privatgesellschaften“, fliegende Klubs mit Kofferstücken, die stark frequentiert sind... In keinem anderen Ostseebad ist der Strand an sonnigen Vormittagen so schwach besucht wie in Zoppot. Auch nachmittags wird der Strand weniger von den Kurgästen des idyllischen Bades als von Danziger Bürgern besucht. Punkt 11 Uhr vormittags öffnen sich die Flügeltüren zu den Roulettekäfen. Und man sieht vor 11 Uhr auf dem herrlichen Seesteg und in den gepflegten Anlagen deshalb so viele für ein Seebad sehr korrekt gekleidete Menschen, weil man zu den Spielfälen nicht in Strand- oder gar Badekleidung Zutritt hat!

Natürlich sind die Spielfäle vormittags schwach besucht. Zahlreiche Spieler, die die Nacht bis zum frühen Morgen in den Bacälles verbracht haben, brauchen Ruhe und Schlaf, um abends kampfbereit zu sein. Vier verschiedene Arten von Spielertypen bevölkern aber auch tagsüber das Kasino, die Roulettekäfe, die um 12 Uhr nachts geschlossen werden. Es sind die Berufsspieler, die Gewohnheitsspieler, die Spitzenspieler und die Gelegenheitspieler!

„Schwarze Hyäne“ und „Pantherkafé“.

Aber auch die „Schwarze Hyäne“ und die „Pantherkafé“ finden sich gelegentlich schon tagsüber ein und fressen das Terrain. Ihre Opfer sind die Gelegenheitspieler, die scherzend heraufkommen, die es nicht nötig haben, auf Gewinn zu rechnen und ironisierend diverse Goldenships aufs Tableau werfen und sich königlich amüsieren, wenn sie was gewinnen, die Verluste zu zahlen, wenn sie verlieren. Diese Opfer der „Schwarzen Hyäne“ und der „Pantherkafé“, meist Rittergutsbesitzer, polnische Agrarier, werden von den beiden Spielern so umgarnt, so willenlos gemacht, daß man nicht recht weiß, ob man über diese groteske Leichtgläubigkeit lachen oder sich vor der suggestiven Ueberredungsgabe der Betrüger entsetzen soll. Sie reden ihren Opfern, die ihnen mit der Zeit hörig werden und Haus und Hof nicht an die Bank, sondern an diese menschlichen Bestien verlieren, ein, sie könnten die „Hand des Croupiers“, die die Kugel zum Rollen bringt. Ein ganzes Konfessionarium arbeitet sich in die Hände. Die „Fänger“ streuen die Gerüchte von dem unbeschreiblichen Glück der beiden Spieler aus, die die Hände der Croupiers studiert haben und nun Vermögen scheffeln. Die „Schlächter“ machen die „gefangenen“ Opfer schlachtreif und spielen sie den beiden Matadore in die Hände, die sich endlich bereit erklären, für die Opfer mitzuspielen! Dieser Glaube an das vermeintliche Glück der Betrüger geht so weit, daß verschiedene Opfer gar nicht merken, wie ihre „Handspieler“ operieren. Sie haben ja manchmal Glück, aber dann hat die „Schwarze Hyäne“ nur aus bestimmten Gründen die Absicht, den Fußtritt, den sie dem ausgeschlachteten Opfer verabreicht, etwas hinauszuschleichen. Diese anfänglichen „Gelegenheitspieler“, die später vor jeder Handbewegung und jedem Wort ihres Handspielers zittern, sind es, die sich plötzlich vor dem „Selbstmördersteg“ nahe an der polnischen Grenze finden und über deren Tod die Kasinoleitung, die vollgepfercht ist mit den Gewinnnummern der letzten Tage, nicht berichten wird!

Die Berufsspieler, die ihre Zeit an der Roulette abgeben, bis sie Miets, Essen, Vergnügungen „verdienen“ haben, die die Kunst beherrschen, rechtzeitig aufzuhören und sich mit kleinen Gewinnen zu begnügen, die Gewohnheitsspieler, denen das Spiel das gleiche süße Narkotikum ist, wie den Rauchtigfüchtigen die geliebte Droge, die Systemspieler endlich, auch „arme Irre“ genannt, sind zu jeder Tageszeit in den eleganten Räumen des Kasinos im „nordischen Monte Carlo“ anzutreffen und bilden das Gros der Dauergäste! Nie fällt in diesen Räumen ein lautes Wort. Der Spielklub ist hier wie überall eine Schule der Selbstbeherrschung! Die Berliner,

die hier — meist Baccarat — spielen, sind zu einem großen Prozentsatz Verzweifelte, die alles auf eine Karte legen, die konventionelle Lächelmaske tragen müssen, die ein Kreditutenstil bedeutet.

Die Rehrseite am Schlesißen Bahnhof.

So strahlend der Glanz und die Pracht der Abendtoiletten, so vielgestaltig duftend die Aromen in den Kasinos der großen Welt sind, so grauenvoll nackt steht die Begierde in den flackernden Augen der Bauernfänger, die mit gezinkten Karten, beschwerten Würfeln und ähnlichen primitiven Mitteln am Schlesißen Bahnhof arbeiten! Hier, wo von der Polizei der tägliche „Krieg im Dunkeln“ gegen lichtscheue Elemente geführt wird, gehen die polnischen Schmitter, kleine Provinzler, Rentner, die mit ihren sauer ersparten Groschen in der Weltstadt ein Geschäft anfangen wollen, ins Garn. So weich dort die blaue Nacht, so süß die schmelzenden Melodien der Stehgeiger, so ruhig und elegant sich der Betrieb in den verbotenen Klubs abwickelt, so stidig und verbraucht ist die

Eltern, warnt eure Kinder!

Ein gefährlicher Kinderschänder wird gesucht.

Nach einem gefährlichen Kinderschänder, der seine Opfer unter kleinen Knaben sucht, fahndet die Kriminalpolizei.

Der Verbrecher ist ohne Zweifel ein anormal veranlagter Mensch, der nach der Schilderung der Kinder etwa 25 bis 30 Jahre alt und 1,75 bis 1,80 Meter groß sein soll. Er hat schwarzes Haar und trug bisher immer einen grauen Anzug. Aufgefallen ist den

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin. Verfassungskundgebung

11. August, 19 $\frac{1}{2}$ Uhr, auf dem Gendarmenmarkt.

Anschließend Fackelzug durch folgende Straßen:

Französische-, Werder Str., Schloßplatz, Breite-, Roß-, Neuo Roß-, Dresdener-, Oranien-, Mariannenstr., Kottbuser Damm, Pflüger-, Reuterstr., Reuterplatz

Jungen sein mit Fiedeln bedecktes Gesicht. Im Zentrum und in den nördlichen Vororten spricht dieser Sabitt kleine Jungens von 10 bis 12 Jahren an und fragt sie, ob sie gegen ein Geldgeschenk ein Paket für ihn besorgen wollen. Die Kinder sind natürlich gern bereit, sich ein paar Groschen zu verdienen, und gehen arglos mit. Um ihr Vertrauen ganz zu erwerben, kauft er ihnen wohl Obst oder eine Eiswaffel. Mit den kleinen Boten fährt er hinaus nach Pankow, Heinersdorf oder Buch und erzählt unterwegs, daß er das Paket aus seinem Wochenendhaus holen müsse. Statt in ein Haus führt er aber die Kinder in den Wald, schneidet sich dort einen Sack ab und züchtigt die Kinder auf grausame Weise auf den entblößten Körper. In einem Falle hat der Unhold sogar einen Gummi knüppel benutzt. Er verschwindet dann und läßt die mißhandelten Kinder hilflos zurück.

Bisher konnte die Kriminalpolizei noch keine Spur von diesem Verbrecher entdecken, dem schon acht Knaben zum Opfer gefallen sind. Die Eltern werden gut tun, ihre Söhne zu warnen, daß sie nicht mit fremden Leuten mitgehen, mögen deren Versprechungen auch noch so verlockend sein. Mitteilungen, die geeignet sind, dem gefährlichen Patron das Handwerk zu legen, werden an Kriminalkommissar Strewe bei der Dienststelle E1 im Polizeipräsidium erbeten.

Friedrich Leopold in Bedrängnis.

Beamte und Angestellte ohne Geldmittel.

Die Güterverwaltung des Prinzen Friedrich Leopold ist in finanzielle Bedrängnis geraten. Prinz Friedrich Leopold und seine Familie haben nach ihrem Wegzug aus Lugano erhebliche Verpflichtungen hinterlassen. Die Finanzen klossen bisher der prinzipalen Familie von der Güterverwaltung im Kreise Flatow zu. Jetzt steht bei der Güterverwaltung die Zahlung an Forstbeamte, Pensionäre und Dienerschaft. Es ist damit zu rechnen, daß das gesamte noch vorhandene Mobiliar im Jagdschloß Kleinprienitz bei Potsdam, vielleicht sogar das antike Mobiliar im alten Glienider Schloß, versteigert werden muß. In Potsdam hält sich das Gerücht aufrecht, daß der Prinz seinen ganzen Glienider Besitz versteigern will, um aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen. Die Familie wohnt jetzt auf einem Gut im Kreise Flatow.

Die gestohlene Kaffette.

Durch Alkohol zum Diebstahl verführt.

Der Angeklagte, ein athletischer Mann — gerade so stellt man sich den Flahmeister eines Vergnügungsparks vor —, hatte eines Tages Walheur. Er erlag der Verführung und nun verantwortete er sich vor dem Schnellgericht.

Er half in einem Vergnügungsetablissemment einen Schreibtisch in einen anderen Raum tragen, bemerkte im Schubfach Geld und... dachte sich im ersten Augenblick nichts dabei. Als er aber so gegen 12 Uhr abends nach mehreren Rollen an dem Etablissemment vorüberkam, fiel es ihm plötzlich ein, daß es gar nicht so übel wäre, sich ein paar Märker zu holen. Er stieg durch das Fenster des Heizungsräumens ins Gebäude, öffnete mit einem Stemmmeißel das Schubfach und nahm die Kaffette mit. Sie enthielt 150 Dollar und 300 Mark. Mit dem Gelde ging er nicht etwa zu seiner Frau, einem netten und liebenswerten Weiben, sondern fuhr zur „Erholung“ nach Hamburg. Der größte Teil des Geldes wurde ihm dort geklaut, er kam nach Berlin zurück und mußte ins Gefängnis.

Der Flahmeister ist bisher unbestraft, wahrscheinlich sonst auch ein ehrlicher Kerl. Wäre er es nicht, so bräuchte er nicht zuzugeben, daß es 150 Dollar waren, während die Bestohlene bloß von 50 Dollar gesprochen hat; höchstwahrscheinlich wollte sie nicht eingestehen, daß sie sich beizeiten mit Baluta eingedeckt hatte. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis und Aufrecht-

Atmosphäre in den Hinterzimmern lehrangiger Kneipen und Schnapsbestillen, so blechern und asthmatisch das Stöhnen der Drehtromms, so brüllend die Messertschereien!

Der Meister des „Kümmelblättchen“ ist in diesem östlichen Bezirk „Kanaillente“, dem seine „Braut“ „Crambambull“ die Opfer heranschafft. Dieser „Kanaillente“ muß das Geheimnis ewiger Jugend ergründet haben. Der vielfach vorbestrafte Zuchthäusler sieht aus wie fünfundsiebenzig. Bei einer Wölle und einem Korn wird der „Gimpel“ „verladen“, den Crambambull herangebracht hat. Dieses Mädchen mit dem neckischen Spitznamen ist nämlich spezialisiert auf Zuchtkennntschaften. In Landsberg an der Warthe bestiegt sie meist den Zug, dessen Berliner Anfangsstation der Schlesißen Bahnhof ist. Ihr zinnobere gefackter Rund verheißt ungeahnte Wonnen, bis Stralau ist der Reisende ihr bereits verfallen...

Es soll hier nicht über jene Vampyre der werttätigen Bevölkerung berichtet werden, die an Lohntagen in der Nähe der Fabriken, in den großen Parkanlagen des Nordens und Ostens bei Beginn der Dunkelheit, in der Nähe der Stempelstellen sich aufhalten, den Opfern durch einige Gewinne den Anreiz geben, den Lohn, das Stempelgeld zu verdoppeln, um ihnen dann alles abzuziehen. Nur die alte Wahrheit soll wieder einmal ausgesprochen werden: Spiel ist eine Vergnügungsquelle, ein Aerenstiel für die Reichen, niemals aber eine oder gar die Chance für Menschen, die schwer um ihren Lebensunterhalt ringen müssen!

erhaltung des Haftbefehls. Das Gericht verurteilte den Flahmeister zu vier Monaten Gefängnis und behielt den Angeklagten tatsächlich in Haft. Auch eine Bewährungsfrist billigte es ihm nicht zu, obgleich der Mann unbestraft war. „Ich lege Berufung ein“, sagte der Mann. „Das ist kein Gericht, sonst wird anders gerichtet.“ Und er war demnach verärgert, daß er sogar nicht mit seiner kleinen Frau sprechen wollte, die ganz unglücklich da stand und vom Vorsitzenden die Erlaubnis erhalten hatte, mit ihrem Mann einige Worte zu wechseln. Hätte man dem Flahmeister nicht doch eine Bewährungsfrist subilligen sollen? War er nicht für seinen alkoholischen Leichtsin schon genug bestraft durch die Unterjuchungshof?

Zurückgehaltene Steuerbeträge.

Amtsuntererschlagungen wegen 200 Mark.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg hatte sich gestern der seit 24 Jahren im städtischen Dienst befindliche Vollstreckungsbeamte G. zu verantworten, und zwar wegen Amtsuntererschlagung.

Der Angeklagte war bei der Steuerkasse des Bezirksamts Wilmersdorf tätig. Es war bei seiner Dienststelle aufgefallen, daß er wiederholt eingezogene Steuergelder — im ganzen handelte es sich um Beträge bis zu 200 Mark — nicht rechtzeitig abgeliefert hatte. Bei einer Nachprüfung ergab sich, daß er die eingenommenen Gelder bis zu drei Wochen zurückgezahlt hatte. Die Anklage nahm an, daß er das Geld für sich verwendet habe, weil er es für einen Neubau benötigte. Der Angeklagte rechtfertigte sich damit, daß die verspätete Ablieferung der Gelder lediglich aus Nachlässigkeit erfolgt sei. Gerade durch seinen Hausneubau habe er den Kopf so voll gehabt, daß er die Ablieferung vergessen habe. Das Geld habe er in der Tasche gehabt und keineswegs für sich verbraucht. Er suchte auch nachzuweisen, daß er gerade in der fraglichen Zeit 15 000 Mark aus einer Erbschaft zur freien Verfügung gehabt hätte, so daß er es nicht nötig hätte, Amtsgelder anzugreifen.

Nach eingehender Beweisaufnahme hielt das Schöffengericht den Angeklagten der Amtsuntererschlagung in 11 Fällen schuldig und verurteilte ihn zu sieben Monaten Gefängnis.

Eständische Genossen besuchen uns.

Auf der Heimfahrt von Wien passierten gestern 27 estländische Genossen, die in einem Autobus von Reval zum Sozialistenkongress gefahren waren, Berlin. Heute werden weitere 37 estländische Arbeitersportler erwartet. Im Hof des „Vorwärts“ stand einige Stunden lang der Wagen mit den estländischen Hoheitszeichen E. W., in dem die 5000 Kilometer lange Reise gemacht wird. Es gehört schon einigermaßen Energie dazu, die oft ungünstige Strecke quer durch Europa in einem Autobus zurückzulegen, aber der Wille, dabei zu sein bei dem großen internationalen Treffen der sozialistischen Arbeiterschaft, hat Tausenden in den letzten Wochen die Kraft zu manchen Strapazen gegeben. Besonders schwierig war die Grenzüberschreitung bei verschiedenen Ländern. Ganze drei Tage mußten die Genossen zum Beispiel an der tschechischen Grenze liegen, bevor sie Durchfahrts-erlaubnis bekamen. Drei sozialdemokratische Mitglieder des estländischen Parlaments „Riigi Kogu“ machen die Fahrt mit, darunter der Parteivorstand Re. In der kleinen, 1 300 000 Einwohner zählenden estländischen Republik verfolgt man die politischen Ereignisse bei uns besonders aufmerksam. Die kommunistische Bahnsparspare zum Volkstentcheid kennzeichneten die Genossen: „Eine Niederlage der deutschen Arbeiterschaft ist auch unsere Niederlage. Noch haben wir trotz der geringen Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter im estländischen Parlament, 25 von 100, einen verhältnismäßig großen Einfluß auf die Machtverteilung. Die Sozialisten stellen zwei Minister. Wir hoffen, daß die deutsche Arbeiterschaft trotz des Moskauer Irrsinns klaren Kopf behält“, sagten sie. Unsere estländischen Freunde werden einige Tage in Berlin bleiben und sich mit den Verhältnissen der Reichshauptstadt näher bekanntmachen. Sonntagmorgen geht es dann weiter nach Osten!

Neuer Raziüberfall auf Reichsbannerkameraden.

In der Simplonstraße in Lichtenberg fiel gestern wieder eine Horde Hakenkreuzler über einen Reichsbannermann her, um ihm Flugblätter, die er bei sich trug, zu entreißen. Als sich der Bedrohte heftig zur Wehr setzte, schlugen die Raziabanditen mit Koppelschlägern auf ihn ein. Dabei erlitt der Reichsbannermann leichte Kopfverletzungen. Die Täter flüchteten und entkamen unerkannt.

Operation an Ziebig gut verlaufen.

Der bei den Zusammenstößen am 1. August, nachmittags, in der Frankfurter Allee schwerverletzte Hauptwachmeister Ziebig wurde gestern operiert. Das Geschoß konnte aus der Wunde entfernt werden. Die Operation verlief gut.



STADT DES VORWARTS

BEILAGE

Berlin fördert Körperkultur.

Stadtwald Selchow der Freikörperkulturbewegung erschlossen.

Die Freikörperkulturschule Adolf Koch kann jetzt ein neues, großes Gelände beziehen, dank der Unterstützung der Stadt Berlin:

Es handelt sich um das Gelände Waldsee und Stadtwald Selchow, das Eigentum der Stadt Berlin ist, circa 100 Morgen Waldbestand und Freistädchen und circa 12 Morgen Wasserbestand (fließendes Wasser) aufweist. Das Gelände ist nur 3,8 Kilometer von der letzten Straßenbahnhaltestelle entfernt, also für 25 Pf. von allen Teilen Groß-Berlins zu erreichen. Besonders der letzte Umstand ist für die werktätige Arbeiterbevölkerung von allergrößter Bedeutung, weil sich infolge der wirtschaftlichen Not immer mehr die Notwendigkeit herausstellte, nah an der Großstadt eine Freistätte zu finden. Die Bemühungen Adolf Kochs wurden tatkräftig und aktiv durch die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder unterstützt. Insbesondere sei an dieser Stelle auf die unermüdete Arbeit des Vorsitzers der Berliner Stadtverordnetenversammlung, des Genossen Haf, hingewiesen, dem es auch gelungen ist, politisch anders denkende Stadträte von der Wichtigkeit und Notwendigkeit der Freikörperkulturarbeiten im allgemeinen und der Arbeit der Körperkulturschule Adolf Koch im besonderen zu überzeugen. Mitte Juli wurde dann zwischen den zuständigen städtischen Behörden und der Schule ein langwährender Vertrag abgeschlossen.

Weit bedeutender als diese Vertragsabschlüsse sind aber die nachfolgenden Begleit-

umstände: In der Nähe des neuen Geländes liegt das Berliner Stadtgut Selchow. Dieses Berliner Gut liefert täglich durch eigene Wagen eingelieferte Milch, frische Butter, reines Roggenbrot, Obst, Gemüse und Käse direkt auf das Gelände. Der Verbrauch an Milch betrug bereits am ersten Tage über 200 Liter, nachdem durchschnittlich 400 Liter. Erfreulicherweise liegen die Preise weit unter den üblichen Großstadtpreisen. Niemand braucht also Nahrungsmittel mitzubringen. Jeder erhält billig, frisch und unverfälscht gute Ware an Ort und Stelle. Geplant ist in diesem Zusammenhang das Backen eines besonderen Roggenbrotes nach ärztlicher Ratgabe in großem Umfange, um endlich einmal ein billiges, zweckmäßiges Brot für die breite Masse liefern zu können. Die jetzigen Vollkornbrote haben zumeist Apothekerpreise und sind für den Durchschnitt der Bevölkerung darum praktisch ohne Bedeutung. Die Zustimmung der zuständigen Stellen für diesen großen Plan liegt bereits vor. Darüber hinaus soll im Herbst eine Versorgung aller Mitglieder mit guten Kartoffeln direkt nach Berlin erfolgen.

Die Stadt Berlin hat erfreulicherweise für das Gelände eine Kampagniefeldfläche zur Verfügung gestellt und damit die Herstellung von Einheitsgerichten für alle Geländebesucher ermöglicht. Morgens gibt es Tee, mittags ein vegetarisches Einheitsgericht.

Wenn man weiter erfährt, daß diese Zusammenarbeit auf beiden Seiten mit größter Freude geschieht, daß gegenseitig alles zur Erleichterung geschieht, kann man auf diesen Erfolg sozialistischer Kulturarbeiten stolz sein.

Die Stahlhelmisten.

Wie man auf Stempelstellen über den Volksentscheid denkt.

Folgende Gespräche hat ein „Vorwärts“-Leser auf einer Berliner Stempelstelle erlaucht:

Ein alter Arbeiter spricht eine Kommunistin an: „Sie trägt ein uniformähnliches Kleid und ihre Gesinnung weithin sichtbar als Brosche: Sichel und Hammer. Die Brosche ist gut 10 Zentimeter im Durchmesser, wahrscheinlich daß sie nicht am Sonntag mit einer Gesinnungskollegin vom Königin-Luise-Bund verwechselt werden kann.“

„Na, laß dich am Sonntag man nicht mit de Nazis verwechseln!“ — „Wir wissen schon selbst, was wir tun!“ — „Was macht ihr denn, wenn ihr siegt?“ — „Nur Sowjetdeutschland kann uns retten. Wir müssen revolutionäre Situationen schaffen.“ — „Na, aber wenn ihr siegt mit dem Volksentscheid, dann hat doch Hitler und Hugenberg gewonnen. Glaubt de denn, daß die euch ranlassen?“ — „Für uns kommt es nur darauf an, revolutionäre Situationen zu schaffen, alles andere ist uns piepe.“ — „Doch Revolution unter schwarzweißroten Fahnen und mit Hitler und Hugenberg als Führer?“ — „Ach, quassl mir doch nicht an.“

„Na, Waze, was macht euer Volksentscheid?“ — „Laß mir zufrieden, ich habe es nu aber bald! Ueberall verkohlen sie einen als Stahlhelmisten. Ist kann doch nicht davor, wenn die da oben verückt sind. So was können je mit de Jungens und Kinder machen, aber nicht mit organisierte Arbeiter. Ist bleibt Sonntag zu Hause oder fahr mit Rattern ins Grüne!“

„Achtung: Blah da! Rot Hitler, Heil Front kommt an. Mensch bleib bloß uffn Teppich.“ Allgemeines Gefächter herrscht im Nu auf der ganzen Zählstelle. Wiße über das Bündnis zwischen Hakenkreuz, Stahlhelm und Sowjetstern fliegen hinüber und herüber. Wie die begoffenen Pudel stehen die Rotfrontler da und bekommen keinen Ton heraus. „Wer wird denn euer Kaiser, wenn ihr siegt?“ „Schickt Rostau Propagandageld für Hitlers Drittes Reich?“ „De beste Wahrschlepperel macht ihr Sonntag vor de Kirchen.“

Minutenlang geht es so, bis die Stahlhelmisten den besseren Teil der Tapferkeit wählen und schleunigst Reißaus nehmen.

„Was versprecht ihr euch denn vom Sonntag?“ — „Den Sturz von Seevering und Braun!“ — „Na, was is dann?“ — „Der Sturz der Faschistenrepublik.“ — „Du bist ja do!“ — „Wir werden es euch ja beweisen.“ — „Faschistenrepublik, ihr Laufjungen wißt ja ja nicht, mit was für Rechten der Arbeiter ihr spielt. Ban euch war ja vor dem Kriege noch teener Sozialist, sonst würdet ihr euch ja hängen, so was zu sagen.“

Soweit die Gespräche, die wir wortgetreu wiedergegeben haben. Die Masse ist unzufrieden und ist durch die Rot radikalisiert, aber nicht irrsinnig. Die Kommunistische Partei, die Avantgarde Hitlers und Hugenbergs, wird am Sonntag ihr Waterloo erleben.

Verlegung der Devisenbewirtschaftungsstelle.

Die Stelle für Devisenbewirtschaftung des Landesfinanzamtes Berlin befindet sich vom Montag, dem 10. August, ab in Berlin W 10, Löhnerufer 3.

Nach den Pressemittteilungen hat die Regierung beschlossen, eine Vorprüfung der Anträge auf Genehmigung zum Erwerb oder zur Veräußerung von Devisen durch die Industrie- und Handelskammern vornehmen zu lassen. Die Industrie- und Handelskammer ist bereit, solche Vorbescheinigungen, die zur Vorlage an die Landesfinanzämter bestimmt sind, zu erteilen, nachdem ihr die erforderlichen Unterlagen zur Prüfung unterbreitet werden. Die Bescheinigungen werden im Rahmen der für die Landesfinanzämter gegebenen Anweisungen im Dienstgebäude der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, Dorotheenstr. 8, Zimmer 1, ausgestellt.

Die Verfassungsfeier in Lichtenberg. Die diesjährige Verfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die am 9. August im Restaurant Rau-Seeland vorm. Schönert, in Lichtenberg, Knyaststraße (Nähe Bahnhof Straus-Kummelsburg) stattfindet, verspricht ein wahres Volksfest zu werden. Die Festrede hat Genosse Max Hechner übernommen. Der Sängerkor „Fichte-Georginia“, das Ebert-Ranns-Quartett, turnerische und sportliche Vorführungen der Freien Turnerschaft, Konzert der Hauskapelle und des Tambour-Korps, Tanz, Tombola, Preislosigkeiten, Kinderbelustigungen sieht das reichhaltige Programm vor.

Plaza. In der ersten Augusthälfte beginnt die Plaza wieder mit einem Varieté-Programm. Als modernes Clown-Trio galten die zum ersten Male in Deutschland aufstretenden Clowns Carolo Porto und Cerletto, die auf den verschiedensten Instrumenten Steptänze in ihren urkomischen Darbietungen zeigten. In ihrer Marine-Lustrevue gefielen J. B. Rays Ritzhip-Girls, die in etwa 6 bis 7 Meter Höhe am Trapez ihre Künste zeigten. Annette Keller mann zeigt den Frauen Körperkultur, wie sie ihre Hausarbeiten verrichten sollen. Als humoristische Jongleure gefielen Crockett und Partnerin. In ihren urkomischen Späßen die beiden Akrobaten Corn-Dixie! Als Berliner Komiker gab Fredy Sleg einiges zum besten. Die sieben Weintraubs Synco-pators unterhielten das Publikum auf circa 40 Instrumenten mit originellen Vorträgen.

Elite-Sänger. Im Theater Kottbuser Tor gibt Direktor Gaston Briefe im September bis zur Rückkehr der beurlaubten Elite-Sänger seine erfolgreiche Gastrolle. „Alles für euch, schöne Frauen“ betitelt sich seine wohlgeklungene Operette in vier Akten, die Briefe gemeinsam mit Kurt Lauer mann verfaßt hat. Die lustigen und humorvollen Schlagerlieder hat Dr. Karl Wilczynski gedichtet, sie sind von Franz Grothe komponiert worden. Der langanhaltende Beifall bewies, daß Direktor Gaston Briefe die richtige Operette für das Elite-Stammpublikum getroffen hat. Alle Mitwirkenden trugen ihr bestes bei. In seinem Liebes „Alles für euch“ gefiel Herbert Ripper, ebenso fanden die gut singende Rätche Schmid, Grete Hallmann, die wackechte Berliner Soubrette Else Böttcher, Erich Rant, Eugen Beckers und Emma Klein losenden Beifall. Alle Mitglieder mußten sich mehrmals vor dem Vorhang zeigen, darunter auch Dr. Wilczynski und Franz Grothe.

Gefangenenfürsorge in Notzeit.

Strafentlassene und Krisenjahr.

„Wie die Pestzeiten im Mittelalter Menschen mit geschwächter Körperkonstitution scharenweise niedermähten, so sinken Scharen Strafentlassener, deren moralische, geistige und körperliche Kräfte versagen, hoffnungslos in die Kriminalität zurück.“

Mit diesen Worten hat der Tätigkeitsbericht der Berliner Gefangenenfürsorge für die Zeit vom 1. April 1930 bis 1. März 1931 die Notlage der Strafentlassenenfürsorge in einer Weise gekennzeichnet, wie man das schärfer nicht tun kann. Die Arbeitsknappheit, das Verhängnis des gesamten Volkes, wird für die Klienten der Gefangenenfürsorge zum doppelten Verhängnis. Der Schrei nach Arbeit verstummt hier keinen Augenblick. Wer mit Strafentlassenen zu tun hat, wer Gefängnisse besucht, weiß das nur zu gut. Es ist immer dieselbe Frage, oder richtiger gesagt, Bitte, die an einen gerichtet wird: „Können Sie mir nicht Arbeit besorgen?“ Und der Staatsanwalt, der neulich in einem engen Kreise sich in dem Sinne äußerte, daß er, in der Lage derer, die er pflichtgemäß anzutreten hat, wohl auch stehen gehen würde, hatte bestimmt nicht unrecht. „Die Möglichkeiten, Strafentlassenen bevorzugt Arbeit zu vermitteln, verringern sich in dem Maße, als jeder Betrieb zahlreicher wegen Abbau entlassene Arbeitskräfte vorgezogen hat, die bei erster Gelegenheit wieder eingestellt werden müssen“, liest man im Tätigkeitsbericht der Gefangenenfürsorge. Hinzu kommen die verschiedenen Erschwerungen für die Strafentlassenen, die Hindernisse, die ihnen die Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in den Weg legt und das Verhängnis des Strafrechters. Die Gefangenenfürsorge fordert eine entschiedene Reform sowohl in dieser als in jener Hinsicht.

Die Arbeitskrise, die Not wirkt sich am Strafentlassenen besonders hart aus. Er besitzt keine Bindungen wie der freie Mensch, keine mannigfachen Beziehungen, bei denen er in der schweren Zeit wenigstens eine moralische Stütze finden könnte. Er gehört auch keinen Vereinigungen an, die ihm einen Rückhalt gewähren. So

entsteht für die Gefangenenfürsorge die Aufgabe, bei verminderter materieller Unterstützung die moralische um so stärker in den Vordergrund zu rücken. Nicht ganz verständlich ist unter diesen Umständen die Bescheidenheit der Gefangenenfürsorge in bezug auf die Werbung neuer freiwilliger Helfer. Es können deren gar nicht genug sein. Der Strafentlassene muß, wie dies im Bericht anerkannt wird, dazu angehalten werden, neue Bindungen zum Leben zu finden, sich Sport- und sonstigen Vereinigungen anzuschließen. Mit Recht hebt der Bericht auch die Wichtigkeit des Hand-in-Handarbeitens von Strafvollzug und Gefangenenfürsorge hervor und besonders begrüßenswert erscheint der Wunsch des Strafvollzugsamts, daß die Tätigkeit der Gefangenenfürsorge sich auch auf die Anstalten ausdehne, in denen sie bisher noch nicht festen Fuß gefaßt hatte.

Die Berliner Gefangenenfürsorge nimmt allmählich die Entwicklung, die vom „Vorwärts“ stets als die unbedingt notwendige befürwortet wurde. Sie begnügt sich nicht mehr in so hohem Maße wie früher bloß eine Durchgangsstation zu sein, indem sie den Wohlfahrtsämtern die Sorge um die Strafentlassenen überantwortet; sie geht ganz bemüht darauf aus, in den vielen Fällen, wo dies angezeigt erscheint, selbständig die Betreuung der Strafentlassenen zu übernehmen. Daß sie dabei sich der Ergebnisse der wissenschaftlichen Erforschung bedient und auf diese Weise gewissermaßen den Weg vorleitet, der durch die kriminalbiologische Forschungsstelle am Untersuchungsgefängnis hinsichtlich des einen oder des anderen Gefangenen beschritten wurde, ist ganz besonders anerkennenswert. Die Gefangenenfürsorge will nicht blind darauf los helfen, sondern will die Hilfe individuell je nach der Persönlichkeit des Hilfsbedürftigen gestalten. Natürlich werden es immer nur wenige Fälle sein, die in dieser Weise bearbeitet werden können. Bei den 24 000 Beratungen weiter nicht verwunderlich. Der Tätigkeitsbericht müßte von vielen gelesen werden. Er bietet manche Anregung. Die Form der Darstellung sollte aber vielleicht mehr auf den Massenleser eingestellt sein. L. R.

Devisenhamstererei von einfi.

Ein zeitgemäßer Rückblick in die Geschichte.

Menschen, die sich um ihr Geld sorgen, leben nicht erst seit 1931 in Berlin. Es hat sie auch schon vor 450 Jahren gegeben, und schon vor 450 Jahren wurden gegen Leute, die auf Kosten der Allgemeinheit „Devisen“, d. h. auswärtige Münzen, sammelten und hamsterten, Notverordnungen erlassen.

Die Mark war eines der ärmsten Gebiete des heiligen römischen Reiches. Handelsleute, die besonders flug zu sein glaubten, bevorzugten deshalb die Taler anderer weltlicher und geistlicher Fürsten. Sie verkauften dann diese Geldsorten zu einem höheren Kurse auszugeben, als er in der Mark vorgeschrieben war. Da liegt also das gleiche vor, was wir heute im Vorgehen gewisser Handelsleute gegenüber den Dummen, die nicht alle werden, erleben. Damals hatten die „rheinischen Goldenen“ etwa das selbe Ansehen wie heute der Dollar. Deshalb wurde im Jahre 1466 ein Edikt erlassen, das befahl, „daß niemand die rheinischen Goldenen nicht höher oder teurer kaufen oder geben soll, denn zu halben Schoden unserer Münz, das sei dreißig Groschen, und wer kauft oder verkauft an Gäste oder Einwohner, soll dies nicht tun um Gold, sondern um turante märkische Münze“. Damals gab es in der Mark Silberpfennige und Silbergroschen, und durch diese Anordnung sollte den Umtrieben der Gold- und Silberhamsterer gesteuert werden. Man wollte märkischen Groschen und märkischen Pfennig zu Ehren bringen. Gleichzeitig wurden hierdurch Währungsfragen behoben, und man beruhigte das Volk. Allen

städtischen und Landesbeamten war befohlen, auf strengste Ausführung dieser Verordnung zu sehen. Darum betont das Edikt: „Wir befehlen Euch auf Euren Eid, dieselben zu strafen mit zwanzig Schock Groschen und niemand dabei zu übersehen.“ Dieses „niemand dabei übersehen“ darf wohl auch heute noch bei den Notverordnungen unserer Zeit ganz besonders ins Gedächtnis geprägt werden. Um das Interesse für die Ausführung dieses Ediktes zu wecken, wurde versprochen, daß jedem, der eine Anzeige erstattet, ein Drittel der eingezogenen Strafe zufalle, während dem Staate zwei Drittel zukamen. Der Geldhandel vor Erlaß dieses Ediktes sollte „für diesmal“ unbefristet bleiben. Die Verordnung hatte also keine rückwirkende Kraft.

In der Tat scheint diese Verordnung den hamsterrern hochwertiger fremder Baluta sowie der Kurssteigerung auf lange Zeit einen Riegel vorgeschoben zu haben, denn erst 130 Jahre später, 1572, wird ein neues Edikt erlassen „wider das betrügerische Münzaufwechsell“. Bei Verlust von Leib und Gut wurde ernstlich befohlen, auswärtige Baluta nicht zu einem höheren als dem landesüblichen Kurs in Zahlung zu nehmen oder auszugeben. Stadtbedienstete und Zöllner hatten fleißig nachzusehen in Versammlungen, auf Jahrmärkten, an Landpässen und Zollstätten, daß diesem Edikt nachgelebt wurde. Zugleich war bestimmt, daß alle, die „fremde Münzen besaßen“, diese der Landesmünze gegen einheimisches Geld abzugeben hätten.

Auch in späteren Münzediten, so 1673 und 1690, wurde die Einführung von fremden Sorten und der Handel mit ihnen bei hohen Strafen an Leib, Leben, Hab und Gut verboten.

In der Frage der Devisenordnung hat also das Wort Veni Vires „Alles schon dagewesen“ tatsächlich Berechtigung.

Die Pleite.

Die Arbeiter lehnen den kommunistischen Verrat ab.

Wenn man verräterische und unpopuläre Parolen ausstößt, dann soll man sich hüten, das Berliner Proletariat in den Sportpalast zu rufen. Man erlebt eine Pleite. So ist es gestern den Kommunisten passiert.

Zwar hatte die „Rote Fahne“ schonhaft zum „Massensturm gegen kapitalistische Wirtschaft“ aufgerufen. Die „Welt am Abend“ aber zeigte die gleiche Versammlung an als Kundgebung für den „Roten Volksentscheid“!

Wer nun diese Kundgebung im Sportpalast mitmachte, der war gezwungen zu sagen: Das ist ja einfach jämmerlich! Auf dem obersten Rang keine Menschenfüße, leere Stühle, Platz für Platz blickt dich an. Auf dem mittleren Rang alle 30 Plätze einmal ein Klumpchen Menschen. Auf dem untersten Rang mittlerer Besuch mit schweißigen Rücken, ja selbst im Innenraum wohl zwanzig Stuhlfreien leer. Wer sich die Ruhe nahm, hatte Gelegenheit, an diesem glorreichen Abend der KPD. mehrere tausend verschiedene Plätze nacheinander unbehindert einnehmen zu können. Die Stimmung miserabel.

Bei Ullrich, der die Einleitung machte, und bei Remmels, der das Hauptreferat hielt, ab und an flüchtige Beifallskundgebungen. Zum Schluß mußte eine deklamatorische Kanone der Kommunisten gehört werden, die nicht weniger als drei Gedächtnisabträge, und der Schlußredner mußte einen „Polizeistandal“ konstruieren, um auch nur etwas herauszubekommen, das so ähnlich wie Stimmung und Begeisterung aussieht. Ein sozialdemokratischer Besucher, der des Interesses halber zu dem kommunistischen Rummel gekommen war, sagte: So etwas Lausches habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht mitgemacht!

Als der Franzose Darioz sprach, war im Raum ein Spektakel, daß man kaum sein eigenes Wort, geschweige denn die Worte des Franzosen verstehen konnte. Fortwährend ertönten vereinzelte Rufe: Ruhe, wir wollen doch was hören!, aber es kümmerte sich niemand darum. Es war ja auch soviel Platz da, spazieren zu gehen und eine Plauderei einzuschleichen. Es war ja so wenig Interesse vorhanden, was sollte man sich da genießen.

Die deutschen Kommunisten beschränkten sich auf die oft gehörte Heße gegen die Sozialdemokratie. Parteiredner, die als „Arbeitervertreter“ ein Bündnis mit Seidte, Hugenberg und Hitler abgeschlossen haben, dürfen sich nicht wundern, wenn die Berliner Arbeiterschaft über ihre Trüden zur Tagesordnung übergeht und ihren Kundgebungen fernbleibt.

Die Anprangerung des schändlichen kommunistischen Verrates durch das letzte Flugblatt der Berliner Sozialdemokraten hat es Herrn Ullrich besonders angetan. Er verteidigte die Kaufbohle, die unsere Flugblattverleger anschießen, mit minutenlangem Esel und um so geringerer Ueberzeugungskraft. Bei den Ullrichwegen fand er hiermit Beifall, aber selbst dieser Beifall klang sehr matt und lau.

Herr Remmels sprach von der Quittung, die am Sonntag überreicht wird. Die Berliner Arbeiterschaft hat durch ihr Fernbleiben von der „Massenkundgebung“ der Kommunisten diese Quittung schon gestern erteilt.

Die Reklame zieht nicht.

Zum 6. August, 8 Uhr, hatte die Kommunistische Partei, Sektion Wittenau, zu einer Kundgebung für den Volksentscheid eingeladen. Als Referent war angekündigt der Landtagsabgeordnete Kasper. Die Versammlung war so „gut besucht“, daß man doch schon um 19 Uhr beginnen konnte. Da Herr Kasper auf einer Reklameroute ist, sprach der ehemalige nationalsozialistische Jugendführer von München, Lipinski, und schmolgte in den üblichen Phrasen gegen die Sozialdemokratie und die preußische Regierung. Der zweite Redner sprach so „interessant“, daß es die KPD-Funktionäre für wichtiger hielten, Schach und Stat im Schachraum zu spielen. Leer und leer wurde die Versammlung, so daß es der Vorsitzende vorzog, die Kundgebung vorzeitig zu schließen.

Warnungssignal 1923.

Die Bayerische Volkspartei warnt vor Dolentkrenzputsch.

München, 6. August. (Eigenbericht.)

Das führende Organ der Bayerischen Volkspartei, die „Münchener Post-Zeitung“, schreibt zu dem Urteil im Weihenstephaner Landfriedensbruchprozeß, daß die einzelnen Wendungen in der Urteilsbegründung eine auffallende Unkenntnis des Belens der nationalsozialistischen Agitationsmethoden enthalten: Die Enthaltungen, die in diesem Prozeßverlaufe über die nationalsozialistische Spionage in amtlichen Stellen gemacht worden seien, legten die Befürchtung nahe, daß der gesamte staatliche Verwaltungsbetrieb von nationalsozialistischen Spiegeln teils schon besetzt sei, teils noch durchzogen werden solle. Ueber die ungeheure Gefahr dieser Bespitzelung brauche kein besonderes Wort verloren zu werden. Einer Partei, in welcher der Bruch des Ehrenwortes zu Parteizwecken als ein ethisch erlaubtes Mittel betrachtet werde, sei alles zu vertrauen. Reichs- und Staatsbehörden müßten die strengsten Maßnahmen gegen dieses Spitzelsystem ergreifen. Die Lage Bayerns vor dem Hitler-Putsch möge Reich und Länder eine Warnung sein!

Wohlunterrichtete, feine Leute.

Der Leiter der Münchener Zweigstelle des BFB, des Süddeutschen Corr.-Büros, gibt nachträglich Kenntnis von einem Vorgang, den wir glauben der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen, weil er einen bemerkenswerten Einblick in die Umgangsformen der Leute gewährt, die Deutschland stilllich erneuern wollen:

„Am 27. Juli rief einer unserer Herren um 19.15 Uhr die Reichsparteileitung der RSDAP an, um anzufragen, ob die Partei zum Rücktritt Franzens eine Erklärung herausgebe. Er wurde an den „Böllischen Beobachter“ verwiesen, der die alleinige Pressestelle der Partei darstellt. Dort meldete sich ein Herr Zsch, der unserem Beamten erklärte, daß die Meldung vom Rücktritt Franzens „nicht die erste Ugenmeldung des Wolff-Büros sei. Darauf wurde erwidert, daß der Minister seinen Entschluß bereits in einem Schreiben dem Präsidenten des Braunschweigischen Landtags mitgeteilt habe. Die Antwort lautete: „Das ganze ist eine Ente und, wie gesagt, nicht die erste und jedenfalls auch nicht die letzte Ugenmeldung, die das BFB verbreitet.“

Der Algenfurter Kommunistenführer Rochus Kerche hat sich erschaffen. Man bringt den Selbstmord in Zusammenhang mit den Angriffen kommunistischer Demonstranten in der Hauptstadt Barmen auf Polizeibeamte, was gegen den Willen Kerches geschehen sein soll.

Sparer auf!



Heißt der Hitler-Youthmann-Front durch ein „Ja“ beim Volksentscheid die mühsam gestützten Sparkassen zum Einsturz zu bringen!

Der Terror beim Volksbegehren.

Nicht nur die Zeiten wandeln sich, sondern auch die Kommunisten. Die Terrorisierten sind beim Volksentscheid geschützt.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Die Beteiligung der Kommunisten am Volksentscheid ruft die Erinnerung an die Kleine Anfrage Nr. 2443 im Preussischen Landtag vom 27. Mai 1931 wach. In dieser Anfrage der kommunistischen Partei hieß es:

„In der Provinz Ostpreußen haben die Gutsbesitzer ungeheuren Terror ausgeübt, um die Landarbeiter zu zwingen, sich zum Volksbegehren für die Landtagsauflösung einzusetzen.“

Es folgten dann mit namentlicher Nennung und genauer Ortsangabe nicht weniger als 53 Fälle, in denen, sei es durch Bedrohung mit dem Viehstehlen, sei es durch Mißhandlungen, sei es durch Gewährung von Freibier, durch körperliche Bedrohung, durch Vorpiegelung falscher Tatsachen, durch wirtschaftliche Schädigung wie Entziehung der Kuh oder des Karioffelackers, oder durch geschlossene Hinführung zum Einzeichnungsort unter Führung des Gutsbesitzers u. a. m., die Landarbeiter zur Eintragung gegen ihren Willen gezwungen worden seien. Die Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion schloß mit den Worten:

„Was gedenkt das Staatsministerium zu veranlassen, um die Wählerchaft in Zukunft gegen derartige Terrorakte zu schützen?“

Die Staatsregierung hat alle sehr zahlreichen Klagen der Presse und der Segner des Volksbegehrens in Pommern und Ostpreußen genau prüfen lassen. Es ist dabei festgestellt worden, daß das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis auf dem Lande in der Tat eine große Anzahl von Personen veranlaßt hat, sich gegen ihre Ueberzeugung zum Volksbegehren einzutragen. Als charakteristisch sei hier z. B. ein Fall aus Pommern angeführt, wo sich bis zum zwölften Eintragungstage von 54 Personen eines Ortsteiles nur 6 zum Volksbegehren eingetragen hatten. Erst als durch die Dotszeitung (deutschnational) mitgeteilt wurde, daß entgegen den Erwartungen der Bevölkerung die Eintragungslisten den örtlichen Beauftragten des Stahlhelms ausgehändigt werden müßten, erfolgten 33 Eintragungen, bei denen übereinstimmend und ausdrücklich Erklärungen in dem Sinne abgegeben wurden:

1. „Wir setzen unsere Namen gegen unseren Willen unter das Volksbegehren.“
2. „Wir sind dazu genötigt, weil wir andernfalls unsere wirtschaftliche Existenz mittelbar bedroht sehen.“
3. „Wir werden in der geheimen Abstimmung des kommenden Volksentscheides unsere gegenteilige politische Ueberzeugung mit „Nein“ quittieren.“

Diese Fälle werden voll verständlich, wenn man nachprüft, wer die „örtlichen Beauftragten“ des Stahlhelms gewesen sind: zumeist

Großgrundbesitzer und andere Arbeitgeber oder lokal sonst sehr einflußreiche Personen.

Es werden Fälle berichtet, in denen Wähler sich unter Tränen und unter Verwünschungen gegen den Arbeitgeber eingetragen haben.

Die vom Minister des Innern eingeforderten amtlichen Berichte lassen überhaupt in vielen Fällen einen vom moralischen Standpunkt aus geradezu erschütternden Schluß auf die Zwangsmassnahmen zu, die gegen Arbeitnehmer im Osten angewendet worden sind, um sie zur Eintragung heranzubringen. Diese ungehörliche Beeinflussung hat sich über den Kreis der landwirtschaftlichen Arbeitgeber hinaus übrigens auch auf andere, z. B. auf industrielle Unternehmungen erstreckt, von denen Menschen in kleinen Dotschaften in größerer Zahl abhängig sind. Erheblich ist auch die Zahl der selbständigen Geschäftsleute, die sich aus Furcht vor wirtschaftlichem Konkurs gegen ihre Ueberzeugung eingetragen haben. Die zwangsweise abgegebenen Stimmen erreichen diesfalls einen hohen Prozentsatz in den einzelnen Bezirken. Es ergibt sich aus einer Durchsicht der amtlich eingeforderten Berichte ein empörendes Bild der Brutalität und der Skrupellosigkeit, mit der man in einer ganzen Anzahl von Orten die wirtschaftliche Abhängigkeit politisch andersdenkender Menschen mißbraucht hat.

Die preussische Staatsregierung behält sich vor, dieses gesamte Material in der geeigneten Weise dem Landtag und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Eine spezielle Antwort an die kommunistische Landtagsfraktion erübrigt sich wohl, da in der Zwischenzeit, seit dem 27. Mai d. J., ja die kommunistische Partei eine Schwenkung vollzogen und den gleichen Landarbeitern, bei denen sie in ihrer Anfrage Terror von rechts festgestellt zu haben glaubt, nunmehr durch Parteiparole zumutet, mit dem sie terrorisierenden Gutsbesitzer zusammen freiwillig zum Volksentscheid zu gehen.

Das kommende neue Strafgesetzbuch bringt erfreulicherweise nach dem jetzt schon vorliegenden Entwurf die bisher leider noch fehlenden schweren Strafbestimmungen für Wahlverruf und Terror bei Volksbegehren und Volksentscheiden.

Heute aber bei diesem Volksentscheid haben diejenigen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, welche sich gezwungen sahen, beim Volksbegehren gegen ihren Willen sich einzusetzen, wenigstens die Möglichkeit, geschützt durch das Wahlgeheimnis, mit „Nein“ zu stimmen oder ungültigen Wahlzettel abzugeben.

einen ungültigen Wahlzettel abzugeben.

Sympathie für Deutschland.

Die Wirkung des internationalen Sozialistenkongresses.

Nationalistische Klätter in der deutschen Rechtspresse haben den Versuch unternommen, den Internationalen Sozialistenkongress in Wien zu neuer nationalstischer Heße gegen die Sozialdemokratie auszunutzen. Ueber die wahre Wirkung des Kongresses für Deutschland schreibt ein unbefangener Beobachter, der Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ in Wien:

„Der Wiener Kongress der Zweiten Internationale hat durch das Echo, das seine Redner in ihren Heimatländern gefunden haben, die Sympathien für Deutschland in einem kaum zu ermessenden Maße gesteigert. Schon darum müßte seine Abhaltung auf deutscher Seite beachtet werden. Wie sich jetzt nirgendwo zwei Bankiers oder Minister bis herab zu den kleinsten Mitgliedern der Bourgeoisie auf dem ganzen Erdenrund treffen können, ohne „wie geht es Deutschland?“ zu fragen, hat der Kongress gleichsam die „andere Seite der Menschheit“, die sozialistische Kriegerpartei, verjammert und hat sich durch dieselbe Fragenstellung mit all jenen Fragenden, mögen sie der sozialistischen Welt noch so fern stehen, in einem erteilten Sinne verbrüder. Der Deutsche ist heute unermesslich, er leidet; und alle treten mit jener Parzialfrage an ihn heran: Was fehlt dir?“

Die Berichte über den Kongress haben diese Wirkung bereits so stark hervortreten lassen, daß den nationalstischen Klättern der gute Glaube bei ihren Angriffen nicht zugebilligt werden kann.

Verbot der Zeitschrift „Reichslandbund“

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Das Wochenblatt „Reichslandbund“, Organ der gleichnamigen Organisation, ist von der preussischen Staatsregierung auf drei Wochen verboten worden. Der preussische Ministerpräsident hatte die vom Vorsitzenden des Reichslandbunds, Grafen Ralkreuth, erhobenen Vorwürfe gegen die preussische Staatsregierung, sie habe die Osthilfe sabotiert, mit einer Entgegnung beantwortet, in der an Hand der Tatsachen und belegt durch genaues Zahlenmaterial nachgewiesen war, daß die preussische Staatsregierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln tätig gewesen ist und noch tätig ist, um den deutschen Osten in den vollen Genuß der von der Osthilfe angestrebten Hilfe zu bringen. Der „Reichslandbund“ hat in seiner Antwort auf diese Entgegnung den Vorwurf der bewußten Sabotage der Osthilfe durch Preußen, verbunden mit schweren Beleidigungen und Verächtlichmachung der preussischen Staatsregierung, in einer Weise wiederholt und ausdrücklich noch erweitert, die ein Verbot unumgänglich notwendig macht. Der preussische Ministerpräsident wird außerdem gegen die Schriftleitung des „Reichslandbund“ noch Strafantrag stellen.

Dem Verdienste seine Krone.

Hitler hat den bisherigen Schriftleiter der vor dem finanziellen Zusammenbruch stehenden „Offener Nationalzeitung“, Dr. Dietrich, zu sich ins Braune Haus nach München befohlen und ihn beauftragt, die Leitung der Pressestelle bei der Reichsleitung der RSDAP zu übernehmen. Diesen Freundschafsdienst war Hitler dem abgedauten Redakteur schuldig. Dietrich ist einer der erfolgreichsten Vermittler zwischen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der rheinischen Schwerindustrie, insbesondere dem sogenannten „Berein für bergbauische Interessen“.

WERTHEIM

Billige

Lebensmittel

Soweit Vorrat

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Frisch. Fleisch Geflügel, Wild

Kalbskamm . . . Pfund 0.74
Kalbsbrust u. Rücken, Pfund 0.84
Kalbsschnitzel . Pfund 1.80
Schweinebauch Pfund 0.78
Schweineblatt u. Rücken Pfund 0.80
Schweineschinken Pfund 0.88
Querrippe . . . Pfund 0.70
Gehacktes . . . Pfund 0.68
Lieserl 0.70 Gulasch 0.90

Suppenhühner Pfund von an 0.90
Junge Enten Pfund von an 0.90
Brathühner Pfund v. an 1.08
Hirschfleisch Blatt Keule Rüd. Pfund von an 0.75 0.98 0.98
Rehfleisch Ragout Blatt Keule Pfund von an 0.30 0.95 1.55

Obst u. Gemüse

Tomaten . Pfund 0.07 0.14
Augustineräpfel Pfund 0.15
Pflaumen ungar. 2 Pfund 0.35
Rot-, Weiß- u. Wirsing- Kohl, Pfund 0.04
Schmorgurken 4 Pfund 0.15
Einlege- u. Senf- gurken 4 Pfund 0.15

Räucherwaren

Fettbücklinge Pfund v. an 0.22
Makrelen u. Schellfisch, Pfund von an 0.30
Flundern u. Seelachs, Pfund von an 0.36

Fische

Kabeljau u. Seelachs, Pfund von an 0.13
Schellfisch Pfund von an 0.13
Rotbars ohne Kopf Pfund von an 0.22
Kabeljaufilet Pfund v. an 0.22
Grüne Heringe 3 Pfund v. an 0.38
Bratschollen . . 3 Pfund v. an 0.35
Lachs gefroren, ganze Fische Pfund von an 0.68
Lebende Aale Pfund v. an 0.85

Konserven

Apfelmus 0.65
Aprikosen halbe Frucht 0.95
Pflirsche kalif., halbe Frucht 1.25
Erdbeeren 1/2 Dose 0.65 1.25
Sauerkirschen ohne Steine 1.10
Ananas ca. 8 Scheiben 1-kg-Dose 1.35
Kontifüre in 1/2 Eimern zu billigsten Preisen
Senfgurken Dose 0.30 0.58
Gemüse-Erbsen . . . 0.55
Junge Erbsen 0.60
Gemischt. Gemüse 0.75 0.65
Würstchen Dose 3 Paar 0.75
Ulsardinen 2 Klüb.-dosen 0.75 französische, 1/2 Dose, hoch 1.05

Wurstwaren

Schweinskopf in Gelen Pfund 0.75
Dampfwurst u. Fleisch- wurst, Pfund 0.85
Mettwurst (Braunschw. Art) 0.90
Leberwurst (Hausmach.) Schinkenpoln. Pfund 1.08
Speck Pfund 0.75 megar 0.98

Käse u. Fett

Ramadou halbfett, Stück 0.16
Blockkäse (Tilsiter Art) halbfett, Pfund 0.62
Steinbuscher vollfett, Pfund 0.70
Tilsiter, Briekäse vollf., Pfund 0.78
Margarine u. Kokosfett, 2 Pfund 0.75
Molkereibutter Pfund 1.22
Dän. Butter . . . Pfund 1.56

Kolonialwaren

Bruchreis 0.13 Tafelreis 0.16
Reisgrieß Pfund 0.20
Hartgrieß Pfund 0.26
Puddingpulver 0.42
Vanille- u. Mandel-Geschmack, frisch gebrannt, Pfund von an 1.90

Wein

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas
Edel-Apfelwein . . Flasche 0.55
1930 Oberhaardter 0.73
1930 Liebfraumlich (Goldkapsel) 0.85
1930 Obermoseler 0.80
Vom Faß
Pfälzer Bowlenwein . Liter 0.70
Johannisbeerwein . . Liter 0.68
Wermuth u. Tarragona Liter 1.00

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater
Geschlossen.
Abonnements-Einladung für die Spielzeit 1931/32
Großer Preisabbau, wesentliche Verbesserung einzelner Platzgruppen durch Vorverlegung, sehr bequeme Zahlungsbedingungen.
Anmeldungen nehmen in der Zeit von 10 bis 2 Uhr entgegen für die **Staatsooper** und das **Staatliche Schauspielhaus**:
Abonnem.-Büro Oberwallstr. 22, Fernsprecher: Merkur 9024,
für das **Staatl. Schillertheater**:
Abonnem.-Büro: Charlottenbg., Grolmanstraße 70, Fernsprecher: Steinplatz 6715

Winter Garten
8.15 Uhr Fiera 3434 Barocco erlautet
Barbette, einmalig in der Welt,
2 Lenclos, Conche, Fransky
usw.
Sonntag und Sonntag je 2 Vorstellungen
4 und 8³⁰ Uhr, 4 Uhr kleine Pr.

8³⁰ Uhr **CASINO-THEATER** 8³⁰ Uhr
Lothringer Straße 37.
Wiedereröffnung
Sonntag, d. 15. August
Modern renoviert!
Moderne Darbietungen!
Trotzdem zeitgemäßer Preisabbau

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTEN-DAMM
Das
Vergnügungs-
Restaurant
Berlins
BETRIEB
KEMPINSKI

Verband d. Buchbinder u. Papierverarbeiter Deutschlands
Am Dienstag, dem 4. August, verschied plötzlich und unerwartet im Anschluß an eine Vorstandssitzung unser lieber Freund und Kollege
Eugen Brückner
im Alter von 58 Jahren. Seit vielen Jahrzehnten war er ständig als ehrenamtlicher Funktionär in unserer Organisation tätig, in Berlin im besonderen hat er neben vielen Verbandsfunktionen lange Jahre ehrenamtlich als Bevollmächtigter der Zahlstelle gewirkt. Seit über 25 Jahren ist er ehrenamtliches Mitglied des Hauptvorstandes und hat, obwohl er in außerordentlichem Maße für die Partei im Landtag und in der Kommune tätig war, bis zum Schlusse, soweit es seine freie Zeit erlaubte, für unseren Verband gearbeitet. Sein ganzes Leben von Jugend auf war der Arbeiterbewegung gewidmet. Er war jederzeit bereit, Rat und Hilfe zu leisten. Sein uneigennütziges, selbstloses Wirken für die Interessen der Arbeiterschaft wird uns immer im Gedächtnis bleiben.
Der Vorstandsvorsitz: Haueisen
Ortsverwaltung Berlin: Imhof
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 8. August, 17 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde, Gudrunstraße, statt.

Am Dienstag, dem 4. August 1931, 22 Uhr, entschlief, völlig unerwartet, mein lieber, guter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater
Eugen Brückner
im Alter von 58 Jahren.
In tiefstem Schmerz für alle Hinterbliebenen
Ella Brückner und Kinder.
Berlin O 112, den 5. August 1931.
Simplonstraße 37.
Beileidsbesuche herzlichst verboten.
Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 8. August 1931, 17 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde, Gudrunstr., statt.

In den Abendstunden des 4. August verschied der stellvertretende Bürgermeister des Bezirks Friedrichshain, Stadtrat
Eugen Brückner
M. d. L.
Der Verstorbene war seit mehr als 10 Jahren Mitglied des Bezirksamts. In schwieriger Zeit hat er seine Arbeitskraft und sein reiches Wissen in den Dienst unseres aufstrebenden Bezirkes gestellt. Das Bezirksamt verliert in ihm einen lieben und gerechten Mitarbeiter. Sein Andenken wird über den Tod hinaus in verbindender Treue in Ehren gehalten.
Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 8. August, um 17 Uhr auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde, Gudrunstraße, statt.
Bezirksamt Friedrichshain.

DER TOD FOLGT IHREN SPUREN!

Die lästigen Insekten sind bekannt als gefährliche Krankheitsüberträger. Sie nisten auf Dunghaufen, fliegen in Ihr Heim und verbreiten oft die schlimmsten Krankheiten. Töten Sie die Fliegen, ehe die Fliegen Sie töten. — Zerstäuben Sie Flit.

Flit vernichtet Fliegen, Mücken, Schnaken, Flöhe, Ameisen, Motten, Bettwanzen, Schaben und deren Eier. Flit-Zerstäubung ist für Insekten tödlich, für Menschen jedoch unschädlich. Bequem anzuwenden, fleckt nicht. Verwechseln Sie Flit nicht mit anderen Insektenvertilgungsmitteln.

Zerstäubt

FLIT

Nur echt in der gelben Packung mit schwarzem Band.

Insekte im Fortwärtssicheren Erfolg!

Komische Oper
Friedrichstr. 104
8³⁰ Uhr
Frauen haben das gern . . .
Musikal. Schwank von Arnold
Musik v. Walt. Kollo
Sommerpr. 0.50-7.00

Metropol-Theater
Täglich 8³⁰ Uhr
Die Toni aus Wien
Mady Christians, Michael Bohnen

Kurfürstendamm-Theater
Bismarck 448-49
8³⁰ Uhr
Die schöne Helena
von Jacques Offenbach
Regie: Max Reinhardt

Geschenke bei JUERGENS

Alexanderplatz
Neue Königstr. 43

Planetarium am Zoo
Verlängerte Joachimsthaler Str.
Täglich (außer Montag)
4 Uhr: „Der Sternenhimmel im Sommer“ (50 Pf.) Vortrag mit Zeil-Instrument
5, 7, 9 Uhr:
„Himmel über Indien“ — Vortrag mit Zeil-Instrument — Film „Chang“
Eintrittspreis auf allen Plätzen 80 Pf. Schüler u. Studierende zahlen die Hälfte
Ab Mittw., 8. Aug. bis 12. Aug. tägl. 7 Uhr:
„Die Arktis aus dem Zeppelinfenster“, Vortrag mit Film u. Lichtbild von A. Koestler, dem einzigen Berichterstatter auf der Polarfahrt des „Grafen Zeppelin“. Eintrittspreis 80 Pf. Freikarten und Vergünstigungen für diesen Vortrag aufgehoben.

Reichshallen-Theater
„Alles verrückt!“
Stettiner Sänger
Anfang 8³⁰ Uhr

TRAUMLAND
Schloss Schönholz
Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend
Großfeuerwerk
Neue Attraktionen!
Straßenbahn 47, 52, 68, 119
Verkehrsbüro: Schönholz-Remise

Der gute Kapitän-Kaufabak
ist in den meisten Zigarrengesch. erhältlich.
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Köpenick, 3061

ROSE-THEATER
Wochentags 8³⁰
Sonntag, den 9. Aug. 3 x 3³⁰, 5³⁰, 9³⁰ Uhr
„Madame hat Ausgang“
mit Trante Rose u. Armin Schweizer
Preise: 0.50-3 M.
OR. Frankfurter Str. 132, U-Bahn Strausberger Platz. — 8 tägiger Vorverkauf 11-1 und 3-8 Uhr. — Tel. Bestellung: E 7 Weichsel 3422
ROSE-GARTEN
Das Variétéprogramm der großen Schlager
8.15:
„Panne um Mitternacht“
3 tägige Operette. Preise: 0.50-2 M.

Am Dienstag, dem 4. August, verschied unerwartet unser treuer Genosse
Eugen Brückner
Stadtrat im Bezirk Friedrichshain
Der Verstorbene hat seit 40 Jahren unermüdlich für unsere Ziele und für den Aufstieg der Arbeiterklasse gewirkt. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Sozialdemokratische Partei Berlin-Friedrichshain
Sozialdemokratische Fraktion der Bezirksversammlung Friedrichshain
Sozialdemokratische Betriebsfraktion des Bezirksamts Friedrichshain
SPD. 33. Abteilung
Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 8. August, 17 Uhr, auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde statt.

Berliner Volkschor
Mitgl. d. Deutsch. Arb.-Sängerb.
Am Dienstag, dem 4. August, verstarb unser lieber Gangesbrüder
Otto Gatzmann
nach kurzer, schmerzlicher Leiden.
Wir werden ihn stets in ehrendem Andenken behalten.
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 7. August, 19³⁰ Uhr, im Krematorium Bredowstraße statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
Dem Mitgliebenden aus Nachrich, daß unser Kollege, der Schlosser
Eduard Jähner
am 3. August gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 7. August, vormittags 12³⁰ Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Riefholzstraße, statt.

Möbelverkauf
Wegen Aufgabe eines größeren Hotels werden am Sonnabend, dem 8. August, norm. 10 Uhr, auf dem Grundstück Copenstraße 37, besterhaltene Möbel für jeden Preis verkauft: Bettstellen, Sofas, Schränke, Waschtiseltische, Sessel, Tische, Stühle, Spiegel, Betten usw.
 Betten
Eisen- Stahl-, Stahlschlaf-, Kirsch-, Polster, Chaisel, an jedem Tag. Katalog frei. Eisenmöbelwerk Suhl (Thür)

Berichtigung
Am 3. August starb unser Kollege, der Schlosser
Robert Hoffmann
Die Beerdigung findet Freitag, 7. August, nicht Sonnabend, 8. August, nachm. 15³⁰ Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Weißensee, Röhdestraße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erbetet.
Die Ortsverwaltung.

Wissenschaft für Bankenkontrolle.

Die staatliche Bankenkontrolle von Felix Somary schon 1930 gefordert.

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß das Vertrauen zu den Banken nur dann wieder hergestellt werden kann, wenn die bisherigen Mißstände beseitigt werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß den Banken die Wirtschaftsführung völlig überlassen bleibt und das Reich dann mit seiner Garantie einspringt, wenn sich die Banken nicht mehr zu helfen wissen. Das Reich, d. h. die Steuerzahler müssen jetzt für die Politik und die Verpflichtungen der Banken gerade stehen. Die Steuerzahler haben das Risiko übernommen, ohne einen Einfluß ausüben zu können. Die Banken trifft eine große Mitschuld an den erheblichen Kapitalverlusten, die zu den Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis und Kreditkrise gehören. Dieser Krisenherd muß beseitigt werden, und zwar durch die Aufsicht des Reichs über die Geschäftsführung der Banken.

Daß es sich bei der Kontrolle der Banken nicht nur um eine Forderung der Arbeiterschaft handelt, geht daraus hervor, daß einer der besten Banktheoretiker und -praktiker, der Züricher Bankier Felix Somary, die gleiche Forderung erhebt. Somary, der als Theoretiker und Bankfachmann wahrhaftig nicht verächtlich werden kann, der sozialdemokratischen Bewegung nahesteht, hat in der 1930 erschienenen zweiten Auflage seines Buches „Bankpolitik“ zur Frage der Bankenaufsicht Stellung genommen, die eine Begründung unserer Forderung darstellt. Er weist in seinem Werke (S. 311) darauf hin, daß die Kreditbanken einen wachsenden Teil des Zahlungsverkehrs an sich gezogen haben, daß die Ausgaben bei ihnen dem Kaufmann und Fabrikanten als saures Geld gelten, daß ihre Sicherheit für die Währung und ihre Liquidität für den Geldmarkt von entscheidender Bedeutung seien. Somary fährt dann wörtlich fort:

„Normen zur Wahrung der Liquidität werden sich darum in allen führenden Wirtschaftskreisen durchsetzen, entweder durch freie Vereinbarung oder durch Gesetz. Darüber hinaus mag in nicht zu ferner Zeit sich die Frage des Eingriffs des Staates in die Wirtschaftspolitik der Kreditbanken aufwerfen. Die Kreditbanken des deutschen Systems greifen in die Produktions- und die Einkommenspolitik in zunehmendem Maße ein, sie bilden die stärksten privatwirtschaftlichen Organisationen innerhalb der Volkswirtschaft. Die Art der Anlage der Gelder der Kreditbanken ist für die Vermögensverwendung und die Verschlebung der heimischen Wirtschaft mit dem Ausland von entscheidender Bedeutung. Bisher haben die Staaten nur auf die Frage der Zulassung ausländischer Werte Einfluß genommen, in Mittel- und Westeuropa aber im übrigen den Kreditbanken freie Bahn gelassen... Das Verhältnis zwischen Staat und Kreditbanken, der ökonomisch-rechtlichen Wirtschaftsführung und den finanziellen Organisationen der Privatwirtschaft scheint aber schon in naher Zeit reif zur gesetzlichen Regelung zu werden. Dazu wird die... in der Gegenwart immer deutlicher sich abzeichnende tatsächliche Haftung der Allgemeinheit für die Verschlebung der Wirtschaft führen; während die Tendenz zur Auflösung der Notenbanken vom Staat, wie sie das neue Reichsbankstatut anzeigt, keine Fortsetzung erfahren hat, führt die Fusionsbewegung der Kreditbanken zumindest in Europa zur Abhängigkeit vom Staat.“

Das sind, 1930 geschrieben, die gleichen Überlegungen, die uns zur Forderung nach der Bankenkontrolle geführt haben. Nur ist für die Notwendigkeit, die Somary 1930 theoretisch formuliert, heute eine furchtbare praktische Beweisgrundlage gegeben. Wir zweifeln nicht daran, daß die Autorität, die Somary in Bankkreisen genießt, in diesem Falle keinen Eindruck machen wird. Um so mehr haben wir Anlaß, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Bankenkontrolle keine demagogische und sachlich etwa ungerechtfertigte Forderung der Arbeiterschaft ist, sondern daß sie auch von denen anerkannt wird, die vorurteilslos genug sind, um aus ihrer intimen Kenntnis des Bankwesens heraus die Folgerungen zu ziehen, die im Interesse der Allgemeinheit gezogen werden müssen.

Sanierung der Schröderbank, Bremen

Mit Hilfe des Reiches! — Und die Bankenkontrolle?

Die Sanierungsverhandlungen über die J. F. Schröderbank, Bremen, scheinen abgeschlossen. Man rechnet mit Wiedereröffnung der Schalter am Montag. Die ausländischen Gläubiger werden mit ihren Forderungen, soweit sie gedeckt sind, 18 Monate lang stillhalten.

Soviel steht fest — ohne das Reich wäre die Sanierung unmöglich gewesen. Von dem Verlust von 45 Mill. Mark werden 15 Mill. durch das Kapital und weitere 15 Mill. M. durch die Reserven gedeckt. Der Rest des Verlustes — also 15 Mill. Mark — geht zu Lasten des bremischen Staates, der 24 Mill. M. Forderungen an Schröder hatte. Das neue Unternehmen soll 12 Mill. M. Kapital und 3 Mill. M. Reserven erhalten. Von dem Kapital übernimmt nominell der Staat Bremen 7 Mill., die bremische Privatwirtschaft 3 Mill. und Berliner Banken 2 Mill. M. Aktien. Tatsächlich aber muß das Reich weitgehend einspringen — es übernimmt die Hälfte der Beteiligung sowohl des Bremer Staates wie der Privatwirtschaft. Man scheint also hier den gleichen Weg wie bei der Finanzierung der Übernahme von Danat-Aktien durch die Schwerindustrie einschlagen zu wollen. Man muß mit allem Nachdruck verlangen, daß das Reich seinen Einfluß in der Verwaltung der neuen Bank wahr, da die Sanierung ohne Reichsmittel unmöglich gewesen wäre, daß das Reich nicht wieder als Finanzierungsinstitut für andere (zum Teil private) Kreise Risiken ohne Kontrolle übernimmt. Da die Hälfte der Bankenteiligung auf die Reichskreditgesellschaft entfällt, wird das neue Kapital tatsächlich zur Hälfte aus Reichsmitteln gebildet.

Nachdem die alte Verwaltung der Schröderbank so glänzend versagt und die Finanzen des Bremer Staates schwer in Mitleidenschaft gezogen hat, ist es selbstverständlich, daß sie abtreten muß. Die Bremer Privatwirtschaft will Herrn Schröder halten — viele Beziehungen hat er ja wohl, aber Vertrauen hat er keines mehr, nicht im Inland, erst recht nicht im Ausland. Bankenkontrolle durch das Reich — das muß auch in diesem Falle erstes und letztes Wort bleiben!

fi hätten der Volkswirtschaft Schaden zugefügt und der Landwirtschaft wenig oder gar nicht genutzt; sie hätten vor allem eines verhindert — die Senkung der Ausgaben.

Nicht von der Einnahmeseite her, sondern durch „Angleichung der Ausgaben“ an den derzeitigen und späteren Preisstand“ müsse eine Gesundung der Landwirtschaft erstrebt werden. Dazu sei eine „Veränderung der Industrieschulzoll- u. d. Kartellpolitik sowie, in Gleichschritt mit einer späteren Veränderung der Nahrungsmittelpreisbasis, eine Veränderung der Lohnpolitik“ notwendig. Die industrielle „Teilplanwirtschaft“, die von den Kartellen unter dem Schutze von hohen Zöllen, die längst den Charakter von Erziehungszöllen verloren hätten, durchgeführt werde, diese Teilplanwirtschaft habe eine „erstaunliche Widerstandsfähigkeit der Preise“ gezeigt. Die Kartellpreise seien in erster Linie zur Senkung der Produktionskosten der Landwirtschaft abzubauen. Eine Senkung der Löhne verlangt die Domänenbank nur unter der Bedingung, daß eine Senkung der Nahrungsmittelpreise vorausgegangen ist. Allerdings vermüssen wir die Feststellung, daß die Löhne nicht allein Produktionskosten, sondern wichtigster Nachfragefaktor sind. Eine Senkung der Löhne schwächt die Kaufkraft und muß sich unter allen Umständen zuungunsten gerade der Landwirtschaft auswirken.

In der Durchführung der Osthilfeaktion fordert die Domänenbank ein schnelleres Tempo. Aber auch in der Frage der Umschuldung sei zu wünschen, daß allein das „allgemeinwirtschaftliche Interesse maßgebend“ sei. Das bedeutet also, daß auch nach Ansicht der Domänenbank nur diejenigen Betriebe der Unternehmung durch die Osthilfe leistungsfähig werden dürfen, deren Betriebsführung die Gewähr für einen dauernden Bestand nach vollzogener Umschuldung bietet.

Aus dem eigentlichen Tätigkeitsbericht sei noch mitgeteilt, daß die Domänenbank stark an der Erneuerung des Sachrechts mitgearbeitet hat. Der Mitgliederbestand hat sich auf 1155 erhöht. Das Geschäftsguthaben belief sich Ende 1930 auf 2,28 Millionen Mark, während die Haftsumme (infolge Zerabsetzung auf den dreifachen Betrag der Geschäftsanteile) schon von 11,4 Millionen Mark Ende 1929 auf 6,8 Millionen Mark Ende 1930 ermäßigte. Rechnet man die Ziffern für die Untergeschichten hinzu, so ergibt sich für Ende 1930 eine Mitgliederziffer von 2033 Genossen, eine Gesamthaftsumme von 20,2 Millionen Mark und ein Gesamtkapital von 3,5 Millionen Mark. Der Gesamtumsatz auf beiden Buchseiten betrug 2,69 Milliarden Mark.

Brot wird billiger.

Aber nicht genug! — Auffällige Entwicklung der Mehlpreise.

Der Zweverband der Bäckermeister Groß-Berlins hat seinen Mitgliedern empfohlen, den Brotpreis ab Montag, dem 10. August, bei gleichbleibendem Gewicht um 3 Pf. auf 47 Pf. zu ermäßigen.

Wir vergleichen mit Genugtuung die Tatsache, daß auf unseren Angriff gegen den neuen Brotmacher vom 5. August so schnell ein Beschluß zur Herabsetzung der Brotpreise erfolgt ist. Wir stellen aber noch einmal die skandalöse Tatsache fest, daß dieser Beschluß erst auf Druck der Öffentlichkeit erfolgte, nachdem mehrere Wochen lang ungeschäftliche Profite vom Bäckergewerbe eingelagert worden sind. Aber warum die Herabsetzung der Preise erst ab Montag, warum nicht sofort?

Weiterhin muß festgestellt werden, daß die Ermäßigung durchaus ungenügend ist. Das Brot hätte auf Grund der letzten Mehlpreise mindestens um 5 Pfennig billiger werden müssen. Außerdem muß darauf hingewiesen werden, daß die Roggenmehlpreise eine überaus merkwürdige Entwicklung aufweisen. Während nämlich die Roggenpreise um 30 Proz. gesunken sind, sind die Mehlpreise nur um 15 bis 20 Proz. zurückgegangen. Und am Donnerstag, als der Beschluß des Zweverbandes gefaßt wurde, ist der Preis für Roggenmehl plötzlich um 75 Pfennig je Zentner an der Börse hinaufgegangen, anstatt zur Angleichung an die Roggenpreise zu sinken. Wenn der Roggenpreis am gleichen Tage ebenfalls eine Erhöhung erfährt, so will das nicht viel besagen — der Mehlpreis ist trotzdem viel zu hoch. Wir werden diese merkwürdige Preisbewegung weiter verfolgen!

Lockerung der Devisenordnung!

Die Durchführungsbestimmungen zur Devisenordnung erfahren, nachdem der freie Bankverkehr ohne Reibungen vorflutet, schon jetzt gewisse Lockerungen. Man rechnet mit weiteren Freigaben des Devisenverkehrs in kurzer Zeit.

Wenn die Devisenanforderungen den Gegenwert von 3000 Mark im Einzelfall nicht überschreiten, so haben die Durchführungsstellen Genehmigungen zu erteilen für Zahlungen von Zinsen und Amortisationen, von Transportkosten und Zöllen, von Patentgebühren, von Gehältern, für geschäftliche Auslandsreisen. Erleichterungen sind weiter vorgesehen für Auswanderer, für den Transithandel und für die Dedung von Kosten für Schiffsbedarf. Versicherungen, die dem Reichsaufsichtsamt unterstehen, können eine allgemeine Genehmigung zur Verfügung über Devisen und zum Ankauf erhalten. Die Begebung von Wechseln deutscher Exporteure auf ausländische Abnehmer ist frei.

Von besonderer Wichtigkeit aber ist die Gruppierung für die Wareneinfuhr. Waren der Gruppe I gelten als lebenswichtig; auf ihre Einfuhr werden unbeschränkt Devisen zugewandt. Die Zuteilung für die Einfuhr von Waren der Gruppe II darf im Einzelfalle nicht 10 000 Mark überschreiten. Für Waren, die nicht in eine dieser beiden Gruppen aufgenommen sind, darf keine Zuteilung von Devisen erfolgen. Bei der Einfuhr von Rohle ist die Zustimmung des Reichswirtschaftsministers erforderlich. — Ehe man nicht diese Gruppierung und die Uebung des Reichswirtschaftsministers betreffs der Kohleneinfuhr kennt, kann man kein Urteil über diese Bestimmungen abgeben. Aber zweifellos birgt diese Regelung außerordentliche Gefahren für die deutsche Handelspolitik — es sei denn, diese Unterscheidungen werden sehr bald beseitigt!

Konkurte und Vergleichsverfahren im Juli 1931. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Juli 1931 durch den Reichsanzeiger 1013 neue Konkurse — ohne die wegen Masse mangels abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung — und 657 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für Juni 1931 stellten sich auf 1034 bzw. 647.

Abfahrtdag beim Ruhrstinklat. Der Abzug des Rheinisch-Westfälischen Kohlenindex ist arbeitsmäßig von 193 000 Tonnen im Juni auf 182 000 Tonnen im Juli zurückgegangen. In das unbesetzte Gebiet gingen arbeitsmäßig im Juli 90 000 (im Juni 94 000) Tonnen, in das besetzte Gebiet 92 000 (99 000) Tonnen. Die Halbenbestände haben sich nur wenig verändert; sie sind von 9 Millionen Tonnen Ende Juni auf 8,9 Millionen Tonnen Ende Juli gesunken.

Die Erben der Devaheim-Pleite.

Central-Bausparkasse und Deutscher Creditverein berichten nichts Erfreuliches.

Der „Vorwärts“ wies am 31. Juli bereits darauf hin, daß die angekündigte Sanierung der zusammengebrochenen Bausparkassen der evangelischen Inneren Mission Devaheim und Deutzag und die Sicherung der Einlagen ihrer 21 000 Sparer, die durch Überleitung der Bausparverträge auf die Central-Bausparkasse A.-G. bewerkstelligt werden soll, recht fragwürdig ist. Die beiden erschienenen Geschäftsberichte der „Centralbau“ und der hinter ihr stehenden Deutscher Creditverein A.-G., die in ihrer nichtsagenden Knappheit Musterbeispiele einer Publizität sind, wie sie nicht sein soll, sind nur geeignet, die Zweifel an der sachlichen Eignung dieser Interessenten zur Sanierung der Devaheim zu verstärken.

Der Deutsche Creditverein, an dem die Westdeutsche Industrie durch Aktienbesitz interessiert ist, hat ihr nominelles Aktienkapital jetzt von 10 Millionen Mark auf den bisher eingezahlten Betrag von 6 Millionen Mark herabgesetzt. Als Reingewinn werden nur rund 298 000 Mark ausgewiesen, aus dem keine Dividende verteilt wird. Auf der anderen Seite konnte jedoch eine Sonder-Rücklage von rund 2 389 000 Mark neu gebildet werden. Ueber die Interessen des Deutschen Creditvereins am Parzellierungsgeschäft in der Umgebung Berlins und über die interessantesten Bilanzposten, die Bürgschaftsverpflichtungen in Höhe von 2 997 000 Mark sowie die Beteiligungen und Konzerngesellschaften in Höhe von 548 000 Mark scheidet sich der Geschäftsbericht vollständig aus.

Die Verbindung zur Central-Bausparkasse, die vom Deutschen Creditverein gegründet wurde, und deren Vorstandsmitglieder Kollektivproduzenten des Deutschen Creditvereins sind, ist aus diesem Bericht ebenso wenig ersichtlich wie die Tatsache, daß der Creditverein für die Einzahlungen auf Großbausparverträge von Bauunternehmern und Baugesellschaften Garantien über hohe Beträge übernimmt.

Die Bilanz der erst 1930 gegründeten Central-Bausparkasse, die als rein kapitalistische Bausparkasse betrieben wird, meist ein eingezahltes Aktienkapital von 250 000 Mark aus. In den Werberchriften dieser Kasse heißt es jedoch: „Für die Sicherheit der Spareinlagen und die Erfüllung des Sparvertrages bürgen ein Aktienkapital von 1 000 000 Mark und die Bonität der der Centralbau nachstehenden Banken.“ Bei Spartonten in Höhe von nur 1 128 952 Mark konnten als einmalige bei Vertragsabschluss zu zahlende Verwaltungskostenbeiträge 138 224 Mark vereinnahmt werden. Angaben über die Anzahl der Sparer und die Höhe der Vertragssummen sucht man in dem Geschäftsbericht vergebens.

Der „Vorwärts“ wies bereits auf mehr als eigenartige Großbauspargeschäfte der Centralbau hin. Der Bericht für 1930 empfiehlt weitere fragwürdige Geschäfte: den Abschluß von „Kapitalerträgen“, „die den Sparer in die Lage versetzen, mit einer

verhältnismäßig kleinen Einzahlung in einer verhältnismäßig kurzen Zeit ein größeres Vermögen zu bilden“. Es wird damit eine baldige Auszahlung eines zweiprozentigen Darlehens in Aussicht gestellt, das hochverzinslich in Pfandbriefen und Schuldscheinen angelegt und ohne weitere Zuzahlungen getilgt werden kann.

Diese Gewinnchancen, mit 2000 Mark z. B. in wenigen Jahren 10 000 Mark zu verdienen, bestehen für einzelne natürlich nur, weil andere Sparer warten und Zinsverluste bei 0 Prozent Verzinsung ihrer Guthaben erleiden müssen. Der Unfug der Bauspar-Batterien im Zinsgewinne einzelner auf Kosten ihrer Mitsparer ist hier kraß auf die Spitze getrieben.

Die Minister und hochgestellten Persönlichkeiten im Aufsichtsrat der Centralbau sind ebensowenig, wie es der liebe Gott im Aufsichtsrat der Devaheim war, eine Garantie gegen fragwürdige Geschäftsvorfahren. Die Annahme ist nicht ganz unberechtigt, daß sich die Centralbau, unter zahlreichen Vorbehalten übrigens, nur zur Sanierung des Devaheim-Konzerns bereit erklärt hat, um den lebensfähigen Teil des Bestandes an Bausparverträgen aus der Konkursmasse zu erwerben.

„Risse in der Agrarpolitik.“

Bemerkenswerte Ausführungen der Domänenbank.

Die deutsche Pächterkreditbank (Domänenbank) e. G. m. b. H. schließt ihrem Geschäftsbericht für 1930 einleitend Bemerkungen über die deutsche Agrarpolitik voraus. Die verdienen, der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Das um so mehr, als die Presse, die sich in erster Linie zur Vertretung landwirtschaftlicher Interessen berufen fühlt, von diesen (unangenehmen) Feststellungen ihren Lesern entweder gar nicht oder unter Fortlassung der entscheidenden Stellen berichtet.

Das zusammenfassende Urteil der Domänenbank lautet: „Die Agrarpolitik zeigt Risse in sich selbst und man gelnde Berücksichtigung ihrer nun einmal gegebenen Stellung in der allgemeinen Wirtschaftspolitik.“ Alle agrarpolitischen Maßnahmen hätten das Ziel, die Preise für einzelne Produkte (Weizen, Roggen, Zucker usw.) und die Einnahmen für einzelne Interessentengruppen zu steigern. Mit diesen Mitteln konnte man der Veredelungswirtschaft (Wollschafzucht, Viehwirtschaft) nicht helfen (man darf wohl ergänzen: sondern man hat sie direkt geschädigt. Die Red.). Vor allem habe man sich nie überlegt, ob diese Preiserhöhungen sich nicht letzten Endes, wenn sie sich allgemein ausgewirkt hätten, zu einer neuen Belastung der Landwirtschaft führen müßten, nämlich zu einer neuen Erhöhung der Löhne und Produktionsmittelpreise. Die protektionistischen Maßnahmen seien zu verwerfen:

Doppelte Ausbeutung.

Sanierung durch „freiwilligen“ Lohnabbau.

Bürgerliche Zeitungen brachten dieser Tage eine Notiz, daß die zum Blumenstein-Konzern gehörende Bierjener A.-G. für Spinnerei und Weberei, Westfalen (Rheinland), mit ihren gesamten Arbeitern und Angestellten eine „Notgemeinschaft“ gegründet habe, vorläufig für die Dauer eines Jahres, um ein zinsloses Kapital von rund 100 000 Mark als Sicherheit bzw. Bürgschaft für die Rohstoffbeschaffung zu bekommen. Zu diesem Zweck soll sich die Arbeiterschaft mit einer 15prozentigen Lohnkürzung einverstanden erklären, während die Angestellten und Direktoren sich in noch höherem Ausmaße betätigen wollen.

Dazu wird uns vom Deutschen Textilarbeiterverband geschrieben:

Die Bierjener Flachspinnerei beschäftigt zur Zeit 55 männliche und 260 weibliche Arbeiter. Es wird in Doppelschicht gearbeitet, jede Schicht 48 Stunden die Woche. Bis 1927 war die Belegschaft, die damals 450 Beschäftigte zählte, restlos gewerkschaftlich organisiert. Im April 1928 ist dann die Spinnerei stillgelegt worden. Nach etwa 8 Wochen wurde der Betrieb mit einer kleineren Arbeiterzahl (200) wieder eröffnet. Bis zur Stilllegung war der Lohn für die Spinnerinnen durch die gewerkschaftliche Tätigkeit 36 bis 42 Mark.

Durch die kommunistischen Treibereien wurde die Organisation im Betrieb sehr geschwächt. Die Mehrzahl der Kommunisten und der mit ihnen Sympathisierenden verließen den Textilarbeiterverband mit der Erklärung, die Arbeiterschaft könne sich selber helfen. Die Folge war, daß bei Wiederaufnahme des Betriebes im Jahre 1928

Die Verdienste um 30 bis 40 Proz. herabgesetzt wurden.

Die Kommunisten, die sich ohne den Verband selber helfen wollten, ließen sich das ruhig gefallen. Es genügt ihnen, daß der Textilarbeiterverband im Betrieb einflußlos geworden war.

Im März dieses Jahres machte der Direktor dem Betriebsrat den Vorschlag, die Belegschaft solle täglich 1 Stunde oder 5 Stunden wöchentlich umsonst arbeiten. Die Firma läme durch die Lohnersparnisse in die Lage, den Betrieb, der seit Jahren mit Verlust arbeitet, weiterzuführen. Der Vorschlag wurde von der Arbeiterschaft mit großer Mehrheit abgelehnt.

Mitte Juli dieses Jahres hat die Firma Stilllegungsantrag gestellt. Anfang August wurde dem Betriebsrat mitgeteilt, daß die gesamte Belegschaft am 15. August entlassen würde, wenn es nicht gelänge, Geld zum Flachsankauf zu beschaffen. Das sei möglich, meinte eine

Notgemeinschaft gebildet würde in der Form, daß die Arbeiter auf 15 Proz. ihres Lohnes verzichten.

Diese 15 Proz. Lohnabbau würden der Firma ein Kapital von rund 100 000 Mark einbringen, das zur Rohstoffbeschaffung diene. Falls der Betrieb wieder hochgebracht würde und man wieder mit Verdienst, d. h. hohe Verzinsung des Aktienkapitals, abschließen, sollte eventuell der einbehaltene Lohnabbau zurückgezahlt werden.

Da dem Betriebsrat der Vorschlag zu ungeheuerlich erschien, hat die Direktion sich an die Arbeiterschaft direkt gewandt. 80 Proz. der Belegschaft hat sich dann durch Unterschrift mit dem Lohnabbau einverstanden erklärt. Die große Angst vor der Arbeitslosigkeit hat die Bereitwilligkeit der Arbeiterschaft erwirkt.

Die Kommunisten waren die ersten, die die Unterschriften leisteten.

Die Arbeiterschaft der anderen Betriebe muß hierdurch gewarnt werden, einem ähnlichen Experiment zuzustimmen. Sie wird ihr Geld los und kann doch nicht verhindern, daß ein leistungsunfähiger Betrieb zusammenbricht.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch ausdrücklich vor den Werksparcassen warnen. Im Nordwolle-Konzern hat die Arbeiterschaft über 700 000 Mark investiert, die sehr wahrscheinlich zum großen Teil verloren gehen.

Der Versuch des Blumenstein-Konzerns ist die zweite Auflage des Stahlwerks Becker. Er unterscheidet sich von diesem durch größere Offenheit. Der Blumenstein-Konzern gesteht, jeden Kredit verloren zu haben.

Die Folgen dieser Wirtschaft sollen die Arbeiter tragen,

mit deren Löhnen die Firma ihren Kredit wieder auffrischen will. Hier wie auf politischem Gebiet betätigt sich die KPD. als Handlanger einer unfähigen Reaktion. Da die Arbeiter dem Räte der KPD gefolgt sind und ihrer Gewerkschaft untreu wurden, müssen sie sich die doppelte Ausbeutung gefallen lassen.

Der Vorgang hat eine symptomatische Bedeutung. In der Textilindustrie wurde noch und noch verdient. Unsere so anspruchsvoll auftretenden „Wirtschaftsführer“ haben es aber zumege gebracht, selbst hier die Pleite zu organisieren. Trotz einer Technik, die in Textilmaschinen an der Spitze marschiert, trotz einer Arbeiterschaft, um deren Leistungsfähigkeit uns die Unternehmer der ganzen Welt beneiden, trotz des niedrigsten Lohnniveaus, wenn man die Akkordpreise berücksichtigt, haben es die Unternehmer fertiggebracht, auch die Textilindustrie in eine schwere Krise zu treiben. Und nun suchen sie bei den Arbeitern Rettung! Wenn die Arbeiterschaft einig wäre, sich endlich wieder in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie geschlossen zusammenzufinden, welche Erfolge könnte sie jetzt trotz der Krise erzielen!

Bei „Holzkunst“ geht Streik weiter.

Einstweilige Verfügung mit Streikverbot aufgehoben.

Wie wir im „Abend“ vom 21. Juli berichteten, hat die Arbeitgeberorganisation (Babeko) eine einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Berlin gegen den Deutschen Holzarbeiterverband und vier Mitglieder der Betriebsvertretung der Holzwerkstoffwerke erzwungen, die einem Verbot des Streiks in dem genannten Betriebe gleichkommt. Die Verfügung untersagt dem Holzarbeiterverband, zur Sperrung des Betriebes aufzufordern, Streikleistungen zu bilden, Streikposten aufzustellen, die Weiterführung des Streiks zu organisieren oder Arbeitswillige an der Arbeit zu verhindern. Den Mitgliedern der Betriebsvertretung wird untersagt, Streikposten zu stehen oder Streikposten aufzustellen und eine Streikleistung zu bilden. — Die einstweilige Verfügung beruht sich auf § 823 und 826 BGB., welche besagen, daß, wer einem anderen in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise Schaden zufügt, zum Ersatz des Schadens verpflichtet ist.

Am Donnerstag fand vor der Kammer 21 des Arbeitsgerichts unter dem Vorsitz des Assessors Dr. Zunft die mündliche Verhandlung über die einstweilige Verfügung statt. Schleicher vom Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes betonte zunächst, daß dieser mit dem Streik gar nichts zu tun habe. Der Streik sei eine Angelegenheit der Ortsverwaltung, für die der Hauptvorstand rechtlich nicht verantwortlich sei. Weiter führte der Redner aus, daß das Berliner Holzgewerbe gegenwärtig in einer tariflosen Zeit lebe, weil durch die Schuld der Arbeitgeber ein neuer Tarifvertrag an Stelle des gekündigten nicht zustande gekommen sei. Die Arbeiter der Holzwerkstoffwerke wehrten sich gegen Lohnkürzung und fordern Ferien, wie sie sie während der Dauer des Vertrages erhalten haben. Das sei ihr gutes Recht. Von einem Verstoß gegen die guten Sitten könne keine Rede sein. Es sei befreudend, daß ein Gericht den gesetzlich zulässigen Streik durch eine einstweilige Verfügung verbieten wolle. Daß es wegen der Ferienfrage zum Streik gekommen sei, das sei zum großen Teil die Schuld des Arbeitgeberstandes Härelein, der seinen Mitgliedern bei Strafe verboten habe, Ferien zu gewähren.

Härelein, der die Mitglieder der Betriebsvertretung vertrat, führte unter anderem aus, daß die einstweilige Verfügung, weil sie faktisch den Streik verbiete, der weder gegen ein Gesetz noch gegen einen Vertrag verstoße, unter den Arbeitern große Erbitterung erzeugt habe. Die Arbeiter seien entschlossen, den Streik weiterzuführen, wie sich auch das Gericht zu dieser Angelegenheit stellen möge. Die Neuherung, durch den Streik solle der Betrieb vernichtet werden, sei nicht gefallen. Die Arbeiter würden doch nicht so leicht sein, den Betrieb zu vernichten, in dem sie ihren Lebensunterhalt verdienen.

Syndikus Härelein behauptete, bei diesem Streik seien sittenwidrige Handlungen, wie Terror gegen Arbeitswillige, verübt worden, auch sei es als sittenwidrig anzusehen, wenn jetzt, wo das gesamte Erwerbsleben unter dem schwersten wirtschaftlichen Druck steht, der besonders schwer auf dem Holzgewerbe lastet, ein Betrieb dieses Gewerbes befreit werde!

Nach zweieinhalbstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende das Urteil, daß die einstweilige Verfügung aufgehoben wird und die Kosten des Verfahrens der antragstellenden Firma auferlegt werden. In der Begründung wurde unter anderem gesagt, die vom Antragsteller vorgelegten Unterlagen reichen nicht aus, um die einstweilige Verfügung aufrechtzuerhalten. Der Ansicht, daß bei schlechter Wirtschaftslage jeder Streik sittenwidrig sei, könne die Kammer nicht beitreten. Die Behauptung der Antragstellerin, ihr

sei durch den Streik ein Schaden erwachsen, treffe nicht zu, denn sie sage ja selbst, sie habe statt der 95 Streikenden 92 Arbeitswillige eingestellt. Also gehe doch der Betrieb weiter. Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige seien verübt worden. Das sei entschieden zu verurteilen. Wenn Verbandsmitglieder an Gewalttätigkeiten teilgenommen hätten, so würde der Verband dafür haftbar gemacht werden können. Aber die Beteiligung von Mitgliedern des Verbandes (oder der Betriebsvertretung) sei nicht erwiesen.

Brandmarkung!

Belegschaft der Frister A. G. gegen KPD.

Eine glänzend besuchte Versammlung der Belegschaft der R. Frister A.-G., wo die KPD. noch bei den letzten Betriebsratswahlen die erste Geige spielte, nahm gestern folgende Entschliebung einstimmig an:

Die heutige freigewerkschaftliche Versammlung der Firma R. Frister A.-G. stellt fest, daß die KPD. und RSD. offensichtlich und bewußt sich der Einheitsfront der Reaktion einreicht, die einen Sieg des Faschismus in Preußen und im Reich herbeiführen will. Sie weist mit Entrüstung diesen neuen Arbeiterverrat zurück und verpflichtet sich, der Abstimmung über den Volksentscheid fernzubleiben.

Die Jugend gegen die KPD.

Mit 158 gegen 2 Stimmen wurde folgende Entschliebung angenommen:

„Die am 6. August 1931 von 160 jugendlichen Vertrauensleuten besuchte Konferenz der Jungmetallarbeiter Groß-Berlins des DVB. verurteilt auf das schärfste den Aufruf der KPD. zur Beteiligung an dem Volksentscheid gegen Preußen. Die jugendlichen Vertrauensleute erklären,

Kein Beamter

darf für den Volksentscheid stimmen!

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund erläßt einen Aufruf an die Beamten, in dem es heißt:

Was will der Volksentscheid?

Er will die preussische Regierungskoalition sprengen, um die politische Macht in Preußen und im Reich der Reaktion auszuliefern.

Was bedeutet das für die Beamtenpolitik Preußens und des Reichs?

Bisher ist es möglich gewesen, über die Regierungskoalition im preussischen Landtag beamtenpolitische Forderungen im Sinne demokratisch-republikanischer Politik durchzusetzen. Die Ergreifung der Macht durch die hinter dem Volksentscheid stehenden politischen Parteien würde diesen Aktionsposten der Beamtenschaft zerschlagen. Das müssen die Beamten verhindern, indem sie sich am Tage des Volksbegehrens, dem 9. August,

von dem Volksentscheid fernhalten.

daß es für die Klassenbewußte proletarische Jugend kein Bündnis mit den Faschistenhäuptlingen Adolf Hitler und Hugenberg, die für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht sind, geben kann. Die Vertrauensleute sind sich bewußt, daß eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur erreicht werden kann durch den schärfsten Kampf unter Führung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Sie fordern alle jugendlichen Metallarbeiter auf, die wenigen Tage bis zum Volksentscheid auszunutzen, um die notwendige Aufklärung zu schaffen, damit sich kein Arbeiter an dem Volksentscheid beteiligt.“

Schiedspruch in der Maßschneiderei.

Zweiter Lohnabbau. — Der Kampf um den Tarifvertrag.

Für die Herren- und Damenmaßschneiderei ist am Donnerstag nach zweitägigen Verhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters Prof. Dr. Brahn ein Schiedspruch gefällt worden, der folgende Neuregelung vorsieht: Der Reichstarifvertrag, der am 31. Juli abgelaufen ist, und die zum 31. August gekündigten Lohnabkommen behalten bis zum 15. November 1931 Geltung mit der Maßgabe, daß im Positionsschema (Stückberechnungsgrundlage) ein Abzug von 8 Proz. eintritt. In dem Reichstarifvertrag für die Damenschneiderei werden die zwei Positionen der vorgeschrittenen Zuarbeiterinnen zu einer Position zusammengefaßt. Die Parteien müssen sich bis zum 11. August über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs entscheiden.

Der Arbeitgeberverband hatte nach Ablauf des Vertrages am 1. August in einseitiger Weise ein Lohndikta zur Durchführung bringen wollen, das neben etwa 20prozentigen Lohnkürzung die Zulassung eines um mindestens 10 bis 15 Proz. niedriger liegenden Doppeltarifes in jedem Geschäft vorsah. Die Einführung dieses Doppeltarifes wollten die Arbeitgeber durch Kampfmaßnahmen erzwingen, und sie lehnten deshalb sachliche Verhandlungen zur Erneuerung des Reichstarifvertrages ab.

Der Schiedspruch vom 6. August ist nur als eine Zwischenlösung zu betrachten. Er verpflichtet die beiden Parteien, die einzelnen Positionen des Positionsschemas, zirka 400 an der Zahl, durchzuprüfen und, wo eine Einigung nicht erzielt wird, Sachverständige hinzuzuziehen. Diese Arbeit muß bis 31. Oktober beendet sein. Spätestens am 8. November haben die Parteien, wenn zwischen ihnen eine Einigung nicht erzielt ist, vor einem Schlichter oder einem unparteilichen Kollegium zu verhandeln und eine Entscheidung herbeizuführen. Ist durch Vereinbarung oder durch Schiedspruch ein Ergebnis für den künftigen Tarifvertragsinhalt erzielt, tritt automatisch der neue Vertrag an Stelle des Schiedspruchs vom 6. August mit Wirkung ab 16. November in Kraft.

Die Unternehmervertreter haben diesen ihnen weit entgegenkommenden Schiedspruch abgelehnt, weil sie unter allen Umständen die für sie günstige Situation zur unumkehrbaren Lohndiktaur ausnützen wollen. Den Mitgliedern der Arbeiterverbände ist die Annahme des Schiedspruchs von ihren Verhandlungsteilnehmern empfohlen worden — nicht, weil sie den Schiedspruch sachlich für richtig halten, denn der Schiedspruch bringt einen zweiten schweren Lohnabbau, sondern um das für die Arbeiterschaft viel schlimmer sich auswirkende Lohndikta der Unternehmer abzuwehren.

Fünf Mark Tagelohn für geistige Arbeit.

Hugenberg als Unternehmer.

In der Klagephase der bei der Herstellung des im Hugenberg Verlag erscheinenden Berliner Adreßbuches beschäftigten Korrektoren hat nunmehr auch das Landesarbeitsgericht die Kläger abgewiesen. Der technische Leiter des Betriebes mußte zur völligen Einflußlosigkeit herabgesetzt werden, um zu beweisen, was der Verlag beweisen wollte. Der Mann habe sich lediglich um die Personalangelegenheiten zu kümmern, bei 20 beschäftigten Personen während neun Monaten und etwa 200 in drei Monaten jährlich. Der Assessor K. vom Scherl-Hugenberg-Verlag vertrat die Auffassung, die „Revision“ sei eine Arbeit, die jeder I-beliebige verrichten könne, obwohl sie die schwerste aller Korrekturarbeit ist. Mit täglichen fünf Mark, die die Korrektoren beim Berliner Adreßbuch bezahlet bekommen, anstatt der Sätze des Korrektorentarifs, sei die Revisionsarbeit reichlich bezahlt. Vielleicht macht sie der Herr Assessor noch billiger.

Kurzum, nach Lokalbeschäftigten, Sachverständigengutachten, Zeugenernennungen und dem „ganz eigenartigen Vertrag“, den der technische Leiter — der früher selber Schriftsetzer war — mit den Seheren abgeschlossen hatte, bleibt es dabei, daß für die Korrektur bzw. Revisionsarbeit am „Berliner Adreßbuch“ fünf Mark Tagelohn eine „reichliche Bezahlung“ sind.

Wenn der Hugenberg-Verlag mit dieser Bezahlung geistiger Arbeit überall davonkäme, dann wären die Dinge reif für das dritte Reich.

Syndikalistische Streitmache.

Madrid, 6. August. (Eigenbericht.)

In Barcelona streiten seit Donnerstag 38 000 Metallarbeiter. Wahrscheinlich werden sich 70 000 Textilarbeiter dem Streik anschließen. In Saragossa sind durch einen Streik fünf Textilfabriken stillgelegt worden. In Urcueñas wurde am Donnerstag zum Protest gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften der Generalstreik erklärt.

Einigung im schottischen Bergbau.

Nachdem die Bergarbeiter sich mit einer Mehrheit von 13 000 Stimmen für eine Regelung ausgesprochen hatten, ist es heute nach monatelangen Verhandlungen zu einer Einigung zwischen den Bergarbeitern und Zehendenbesitzern Schottlands gekommen. Das neue Abkommen sieht eine 100prozentige Erhöhung der Lohnbasis vom Jahre 1888 oder einen Minimumlohn von 8 Schilling je Tag und einen Arbeitstag von 7½ Stunden vor.

In der Kundgebung des Bezirksausschusses des NDB. und des Einheitsverbandes der Eisenbahner in der „Neuen Welt“ heut abend 19 Uhr, spricht an Stelle des dienstlich verhinderten Genossen Secoring der Genosse Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Löwenstein über Notmaßnahmen und Volksentscheid.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Neuer, Freitag, folgende Veranstaltungen: **Norden:** Wir besuchen die Versammlung des Werbebezirks. — **Südwest:** Jugendheim Nordstr. 11 (2. Hof, Durchgänge, 1. Treppc, Zimmer 5). Vortrag: „Wie wieder Krieg“. Referent: Arug. — **Südost:** Dresden, und **Verlagsgesellschaft m. b. H.** Geschäftsstunden von 20 bis 22 Uhr im Jugendheim Oberstr. 12. — **Spiel:** im Freien ab 18 Uhr auf dem Sportplatz „Eintracht Pappel“ (Norden). Sportplatz Pappel, Riffingentstraße und Volkspark **Nordstr. 11, kleine Spielwiese (an der Adreßbuch).**

Die schwarze Rasse, die einen ehrlichen und schweren Kampf um ihre menschliche Gleichberechtigung kämpft, scheint sich neben den Gütern der Kultur ihrer Vorbilder und Unterdrücker auch deren Torheiten aneignen zu wollen. Während im Inneren Afrikas heute noch Regerstämme von Sklavenjägern überfallen werden, und auf geheimen Märkten des Sudan der Handel mit Menschenware blüht, gibt es in den Vereinigten Staaten Millionäre, Professoren, Staats- und Rechtsanwälte, Offiziere und Beamte mit schwarzer Haut, und es gibt sogar schon eine Rassebewegung, die mit derjenigen der weißen Rassen alles mögliche gemein hat. Nach den Theorien der Regernazis sind die Schwarzen natürlich das Salz der Erde, das erwählte und ertorene Volk, und Marcus Garvey, „der schwarze Moses“, der sein Volk aus dem Lande der Dollarpharaonen trockenen Fußes durch den Ozean in das gelobte Land Afrika führen will, erklärt allen Ernstes, nur durch die Neger allein sei der Weltkrieg entschieden worden. Ohne die Neger hätte die Entente den Weltkrieg verloren, und ohne sie wäre ein deutscher Kaiser im Buckinghampalast, der Residenz der englischen Könige. Jetzt, da die Neger die Technik des Massenmordens erlernt hätten, würden sie ihre Waffen gegen ihre weißen Lehrmeister richten. Alle Weißen sollen aus Afrika vertrieben werden. Afrika soll ein schwarzes Reich mit 400 Millionen Einwohnern werden, mit einer schwarzen Nationalkirche und einem schwarzen Christus. Dabei ist Garvey, der sich jetzt schon als „Kaiser von Afrika“ fühlt, nicht so sehr ein Feind der Weißen, sondern weit mehr einer der Mischlinge, deren es in den Vereinigten Staaten über 20 Millionen gibt. Er will eine reinliche Trennung der Rassen, denn er hält die Weißen für tief unter den Negern stehend, und auch in dieser Beziehung erinnert er an den nordischen Rassenforscher Günther.

Neben dieser Rassenbewegung gibt es noch eine aristokratische, und es ist bezeichnend, daß ausgerechnet die Nachkommen importierter Sklaven das Bedürfnis empfinden, ein in ihrem Lande längst heimgegangenes Gespenst des Mittelalters neu herauszubekommen. Die Regenernunft gibt alljährlich einen Almanach heraus, das Negro-Year-Book, das Negro-Jahr-Buch, in welchem der Stolz und das Selbstbewußtsein der schwarzen Rasse eine an europäischen Vorbildern geschnittene Pflege erfahren. Man ersieht an einem Negeradel und das Negro-Year-Book ist wie ein schwarzer Gotha-Kalender. Freilich können die Neger keine Stammbäume zimmern, die bis auf die Zeit Karls des Großen zurückgehen; sie wissen, daß es unter ihren wilden Vorfahren in Afrika keine Grafen und keine Barone gegeben hat. Die schwarzen Despoten waren in dieser Beziehung ihren weißen Kollegen wirklich überlegen. Sie ließen Rivisten und sonstigen verdienstvollen Persönlichkeiten, wenn sie ihnen etwas allzu üppig geworden waren, die verdienstvollen Häufe, statt sie mit Ehrenkreuzen zu schmücken, lieber abschneiden, und sie schützten sich gegen die Blutrache der Nachkommenschaft auf die gleiche einfache und stets wirkungsvolle Weise. Kehnlich verurteilen die Untertanen mit ihren Fürsten, so daß die schwarzen Genealogen auf keine große Zahl von Regerdynastien zurückblicken können.

Wiso suchen sie unter der wirklichen abendländischen Aristokratie noch schwarzen „Einschlügen“, wie der rassistische Ausdruck lautet, und siehe da, es gibt ihrer in Fülle. Ganz nach dem europäischen Rassenlehre werden Tattosen und Mutmaßungen durcheinander geworfen, auf wissenschaftlichen Wert wird kein allzu großes Gewicht gelegt, aber es bleibt da noch immer einiges nicht Uninteressante übrig. Ja, man muß sich wundern, in wie zahlreichen Fällen das dunkle Blut sich mit dem blauen vermischt hat und wie oft „Neger“ in der Geschichte der weißen Welt eine nicht immer schlechte Rolle gespielt haben.

Barfjal — eine Gestalt der germanischen Sage, die in unserer

Vorstellung ganz umflossen ist von nordischer Helle — hatte einen Mulatten zum Bruder. Der Vater Barfjals, Samuret von Anjou, scheute sich nicht, die Liebe einer „Röhrenkönigin zu gewinnen. Das Ergebnis dieser Verbindung war der Held Feirefis, „an dem war schwarz und weiß gepaart“. Hier handelt es sich freilich nur um eine Sage und um kein historisches Ereignis, allein es ist durchaus wahrscheinlich, daß ein wirkliches Geschehnis der Mythe den Stoff lieferte. Wechselheiraten waren zur Zeit der Kreuzkriege in Spanien und später in den Kreuzzügen keineswegs selten. Das geschichtliche Urbild der „Röhrenkönigin“ dürfte demnach ein maurisches Fräulein gewesen sein. Die Mauren sind keine Neger. Sie sind braun. Auch fehlen ihnen oft die kennzeichnenden Merkmale der Negerrasse, das Kraushaar und die wulstigen Lippen, abgesehen man diese Neuzüchtungen auch nicht als durchweg gültig betrachten darf.

Ob der römische Kaiser Gajus Pescenius Niger ein Neger oder nur ein negerhaft aussehender Mann war, wissen wir heute nicht genau. Der Antite war der Rassebegriff nicht so nahe wie uns. Schwarze Einschlüge finden sich auch bei einer Reihe von germanischen Fürsten. Der deutsche Kaiser Heinrich III., „der Schwarze“, der norwegische König Harald, gleichfalls „der Schwarze“, der einen besonders nordisch geratenen Sohn zeugte, den König Harald Schönhaar, Heinrich I. von England, der Sohn Wilhelm des Eroberers, der mailändische Herzog Ludovico „il Moro“, ihnen allen werden dunkle Haut und negerhafte Züge nachgesagt. Auch der letzte Markgraf von Bayreuth besaß dunkle Haut und negroiden Typ, was die Hohenzollern nicht abließ, mit den Bayerern in engste verwandtschaftliche Beziehungen zu treten.

Der schwarze Adelsroman führt auch eine Reihe von Adligen Europas an, die teils durch ihr Aussehen, teils durch ihre Namen auf afrikanische Abstammung schließen lassen sollen. Bei den Grafen Douglas, und zwar sowohl in der schottischen wie in der deutschen Linie, soll diese Abstammung sogar unerkennbar sein.

In den bisherigen Fällen handelt es sich jedoch nur um Mutmaßungen, die wohl manchmal begründet sein mögen, die aber kaum je bewiesen werden können. Dagegen ist in der Ahnengalerie von drei Dichtersfamilien der Weltliteratur das dunkle Blut nachweisbar. Die Dumas stammten von einer Haitin ab, und der ältere Dumas sah seiner Großmutter nicht unähnlich. Die Brüder Thomas und Heinrich Mann haben eine kreolische Großmutter, und Puschkinn stammte gar von einem Sklaven ab, den Peter der Große taufen, erzogen und bis zum Kammerherrn avancieren ließ. Von väterlicher Seite zählte Puschkinn allerdings zum russischen Uradel. Trotzdem war nach vier Generationen das Erbiell des Uragroßvaters mütterlicherseits so stark in ihm, daß ihn ein Freund folgendermaßen beschrieb: „Er fällt überall auf. Sein krauses, fleischschwarzes Haar, die dunkelgelbe Farbe des Gesichts und der Hände, die brennenden Augen und das eigenartig gefärbte Weiß seiner Augen bestätigen die afrikanische Heimat des Ahnen.“ Durch Puschkinn's Tochter Katalie kam aber das Blut des Rubierflaven Ibrahim Hannibal in deutsche, englische und russische Adelsgeschlechter, ihr Gatte war der Sohn des letzten regierenden Herzogs von Kossau, der Prinz Nikoiaus, der 1905 als preußischer General starb. Eine ihrer Töchter heiratete einen russischen Großfürsten, ein Sohn der Katalie Puschkinn eine Zarenochter.

Wenn Marcus Garvey, der Kaiser von Afrika, einen Hofadel braucht, er wird nicht lange zu suchen haben. „Betrachtet werden die Nachkommen einstiger Rubier- und Negerkrieger dann auf die dunklen Tropfen in ihrem blauen Blut ebenso stolz sein, wie sie sich heute darüber schämen.

In den letzten Wochen haben wir immer wieder von großen Goldtransporten gehört, die die Regierungen verschiedener Länder durchführen mußten, und besonders ist ja leider der Goldschatz unserer Reichsbank beträchtlich verringert worden. Wie vollziehen sich nun diese Reisen des Goldes, des mächtigsten Beherrschers der Welt, von Land zu Land über Ozeane und Meere? Unternimmt das Gold seine Fahrten, von bis an die Zähne bewaffneten Hütern bewacht, in großem Aufzug, wie es seiner Bedeutung und seiner Kostbarkeit entspricht? Keineswegs. Das Gold reist inkognito, und gerade in dieser unbemerkten und unauffälligen Form der Ueberführung liegt der Schutz gegen die Ueberfälle durch geldgierige Banditen. Ein Kinderwagen, der über die Straße geschoben wird, erregt mehr Aufsehen als ein Auto, das Millionen über Millionen an Werten enthält. In einer Londoner Zeitschrift erzählt Philip Mace-Bright von seinen Beobachtungen der englischen Goldtransporte. In der Londoner City liegen in einer engen Straße die Büros der berühmten Bankfirma Rothschild. An einem Tag in jeder Woche kann man hier einen grün lackierten länglichen Kraftwagen sehen, der die Beachtung der zufällig Vorübergehenden nur dadurch erregt, daß er in der engen Straße nur mühsam in den Hof des Bankhauses gelenkt werden kann. Dieser Wagen bringt eine Ladung „neues Gold“, frisch aus den Goldbergwerken des südafrikanischen Randgebirges. Es ist nach Southampton verschifft worden, wird dann mit dem gewöhnlichen Güterzug nach London gebracht und von dort in die Stahlkammern der Bank übergeführt, ohne daß man dabei größere Vorsicht verwendet als bei einer Ladung Äpfel und viel weniger als beim Transport einer Kiste Eier. Dieses „Neu-Gold“ wird dann noch einem Reinigungsprozeß unterworfen, bis es als „Fein-Gold“ in die Gemölde der Bank von England gelangt. Wird Gold von der Bank abgeholt, so ist das ebenfalls ein ganz prosaischer Vorgang. Das Gold, das in Barren gelagert wird, befindet sich in kleinen Holzboxen, jede etwa einen Fuß lang. Eine solche Kiste enthält einen Goldbarren im Gewicht von 400 Unzen und hat einen Wert von 34 000 Mark. Eine Ladung, die in einem Kraftwagen befördert wird, umfaßt etwa 30 Millionen Mark. Mit dieser kostbaren Last fahren die Kraftwagen ohne jeden bewaffneten Schutz und besonderes Geleit durch die Londoner Straßen.

Missionare unter Menschenfressern

Berichte von den wilden Bräuchen der Menschenfresser auf den Neuen Hebriden werden durch zwei Missionare, die Pastoren Turner und Steward, veröffentlicht, die soeben von einer längeren Tätigkeit unter den Eingeborenen auf der Insel Malekula nach Sidney zurückgekehrt sind. Die beiden Missionare fanden, daß unter diesen Eingeborenen noch der Brauch herrscht, Kinder lebendig zu begraben, und daß auch die Menschenfresserei hier noch sehr im Schwange ist. Unerwünschte Neugeborene werden, während sie noch am Leben sind, in der Erde verscharrt, und die Mütter lassen ohne das geringste Zeichen von Reue oder Trauer diese grausigen Handlungen zu. Bei einem der Stämme, die als die Kleinen Rambus bekannt sind, fanden die Geistlichen gebratene Menschenfleisch und andere menschliche Körperteile, die als Bekehrten für festliche Gelegenheiten aufgehoben wurden. Auf einigen der besuchten Inseln sind Vulkan in Tätigkeit, die beständig Menschen auf die Umgegend herniederstreuen und bisweilen die Dörfer unter Strömen von Lava begraben. Die Eingeborenen tragen Kleidung aus Baumrinde oder aus Gras, die buntfarbig gefärbt sind; manche von ihnen haben lange Stübe aus poliertem Stein zur Zierde durch die Halskette gehängt. Die Frauen tragen Gewänder, die aus Grosfäden gewoben sind. Die verheirateten Frauen unterscheiden sich von den Unverheirateten durch das Fehlen der beiden mittleren Vorderzähne, die ihnen mit Steinen herausgehauen werden, wenn sie heiraten. Diese schmerzhaft Operation wird von den alten Frauen vorgenommen. Die Braut wird gewöhnlich für eine Anzahl Schweine gekauft. Feste und Tänze spielen bei diesen Völkern eine große Rolle. Für eine einzige Fester werden manchmal 700 Schweine und noch mehr geschlachtet. Auf einer kleinen Insel fanden die Missionare Tanzplätze in Entfernungen von je einem Kilometer. „Unsere Ankunft erregte gewaltiges Aufsehen“, berichten sie. „Die Frauen und Kinder liefen fort und verbargen sich, während die Männer, die auch zum ersten Male weiße Gesichter sahen, schon in einiger Entfernung standen und dumpe Geulzer des Erstaunens ausstießen.“ Um sich bei diesen gefährlichen Völkern in den nötigen Respekt zu setzen, war — ein solches Gebiß, das einer der Missionare trug, von großem Nutzen.

Grenzen des Wachstums

Ueber die Grenzen, die dem Wachstum der Lebewesen gesetzt sind, hat Professor A. Hesse in einem Vortrag in der Preussischen Akademie der Wissenschaften, über den in der Frankfurter Wochenchrift „Die Umschau“ berichtet wird, interessante Beobachtungen mitgeteilt. Die Größe einer Tier- und Pflanzenart hängt ab von der Intensität und Dauer des Wachstums. Wachstum ist nur möglich auf Grund der aufgenommenen Nahrung, die teilweise zur Deckung der Betriebsaufgaben des Organismus dient. Was übrig bleibt, wird für das Wachstum benutzt, und wenn der Betriebsstoffwechsel verhältnismäßig gering ist, kann das Wachstum größer sein. Daher erreichen Pflanzen viel bedeutendere Höchstmäße als Tiere, so die Rammthäuser eine Höhe bis zu 120 Meter, die Wale dagegen nur eine Länge bis 30 Meter. Bassertiere, die für das Tragen der Körperlast, das vom Wasser bestragt wird, keine Energie ausgeben brauchen, werden infolgedessen größer als Lufttiere. Der Grünlandmol kann über 100 000 Kilogramm wiegen, der Elefant nur gegen 6000. Auch der Flug stellt hohe Betriebsansprüche und daher werden fluglose Vögel größer als andere; der Strauß wiegt 90 Kilogramm, dagegen der größte der Flieger, der Kondor, nur 11 Kilogramm. Mangel an Nahrungsmitteln erzeugt kleinere Formen; freilebende Fadenwürmer erreichen meist nur 1 Millimeter Länge, parasitische dagegen, die bei ihrem Wirt mehr zu essen finden, werden viel länger, die Spulwürmer bis 40 Zentimeter. Der Hauptteil eines Tieres bestimmt seine Größe mit, und Tiere von riesigen Ausmaßen müssen auch sehr dicke Stübe haben.“ Daher hat das Skelett bei großen Tieren einen viel höheren Anteil am Körpergewicht als bei kleinen: bei der Spitzmaus 7,9 Proz., bei der Katz 11,5 Proz., beim jungen Hund aber schon 14 Proz., und beim Menschen 17 bis 18 Proz. Wichtig für das Wachstum ist auch die Größe der Darmoberfläche, denn von ihr hängt die Menge und Verwertung der Nahrung ab. Beim Eintritt der Geschlechtsreife wird der Ernährungsoberfläch, der bis dahin dem Wachstum diente, für andere Zwecke benutzt. Da höhere Temperaturen die geschlechtliche Reife beschleunigen, so erreicht dieselbe Art in wärmerer Umgebung eine geringere Größe als in kälterer. Meerestiere werden in kalten Meeren größer als in warmen. Im eurasiatischen Gebiet nimmt jede Tierart von Südwesten nach Norden und Nordosten an Größe zu, und so kommt es, daß in kalten Gegenden die größten Formen der Tierarten, in den wärmeren Gegenden die verhältnismäßig kleinsten vereint werden.

Henry de Forge: Der Windstoß

Das war eine Ueberraschung heute morgen! Ich habe Fräulein Chouquette getroffen. Fräulein Chouquette, die ihre im Juni angekündete „vierwöchige Reise“ stets so oft verlängert, bis ihre Rückkehr in den Oktober fällt. Sie hatte ja immer so viel Freude an ihren Reisen . . . und jetzt ist's doch erst Anfang August!

Ich wußte: auch in diesem Jahre war sie in ihrem Badeorte vom ersten Tage ihres Erscheinens an bewundert worden. Eine Bogen vor Verehrern umschmeichelte sie auf Schritt und Tritt und hüllte sie in Zärtlichkeit und Bewögnung ein. Sie gab sich redliche Mühe, alle Männerherzen, die ihr in den Weg kamen, zu entflammen . . .

Chouquette ist solange ich sie kenne so. Seitdem sie in dem aufgeweckten Alter, das heißt 20 Jahre alt ist, studiert sie in den Ferien fleißig die Männer. Vielleicht glaubt sie, daß ihr diese Kenntnis einmal helfen wird, nach Beschnack glücklich zu werden!

Natürlich erschien mir heute diese plötzliche Rückkehr — so ganz gegen ihre Gewohnheit — beängstigend: ich fürchtete etwas sehr Unangenehmes.

„Ja“, erklärte sie, „der Wind ist schuld . . .“

Ich wurde neugierig. Dies kleine zarte Wesen war doch nicht wie ein Strohhalmchen von einem losen Wind entführt worden?

„Es ist eine sehr dumme Sache“, vertraute sie mir an, nachdem sie mich beschworen hatte, die Geschichte keinem weiterzuzählen. „Sie kennt mich doch. Sie wissen, daß ich keine Fliege ein Leid antun kann. Wenn ich mich lieben lasse — in allen Ehren natürlich —, dann lasse ich es zuerst zu, weil ich's doch nicht hindern kann. Rascher — wissen Sie! — wird einem das Herz so warm, wenn es sich geliebt weiß! Dann kann ich einfach nicht Schluß machen, auch wenn ich weiß, daß es zu keinem ersten Ziele führt. Die Männer haben übrigens nicht viel von mir. Nach der Trennung vergessen sie mich bald. Deshalb lasse ich mir während der Zeit unseres Zusammenseins schreiben. Davon hat man etwas: Ein Brief hält sich; man kann ihn wieder und wieder lesen, — man legt ihn in eine Schublade, aber die Worte schmeicheln daraus hervor. Mir fliegt auf jeder Reise ein wahres Feuerwerk von Liebesbriefen zu. Ich antworte, liebenswürdig, aber oberflächlich, ohne mir etwas zu vergehen. Aber — das ist das Beste! — jeder denkt, er ist der einzige, der mir schreibt.“

Diese Saison versprach wundernoll zu werden. Das schlechte Wetter brachte mir keine Langeweile. Im Gegenteil. Die Badegäste, die weder schwimmen noch spazieren gehen konnten, dachten um so mehr an mich und schrieben mir. In einem alten Kofferchen, das noch von meiner Großmutter stammt, bewahrte ich meine Liebesbriefe auf. Da lagen sie wohlgeordnet, vom ersten Tage meiner Ankunft an. In dem kleinen Seebade kannten sich alle. Ein unbedachtes Wort hätte die schredlichsten Aufregungen gebracht. Jeder dachte natürlich wieder, er sei der einzige! . . . Doch es war keine Gefahr. Bisher ahnte etwas. Ich lebte gelassen in dem Feuer von

Bekanntnissen, Erklärungen, Schwüren, die mich zu erweichen hofften.

Die Frauen hatten keinen Grund, sich über mich aufzuregen. Ich benahm mich ganz korrekt. Sie beneideten mich höchstens um meine Toiletten.

Mein Aufenthalt stieß also zu meiner größten Zufriedenheit dahin, bis . . . eines Abends . . .

Eines Abends kam das Unheil . . . der Windstoß.

Es war kein gewöhnlicher Windstoß: so einer, der einen Topf umstößt, einen Zweig knickt, eine Blume schaukelt . . . oh, wenn's nur das gewesen wäre!

Es war an diesem Abend sehr schwül. Ein teuflischer Gedanke hatte mich getrieben, das Fenster, das auf den Strand führte, zu öffnen. Ich hatte eine nette Stunde verbracht. Mein Kofferchen stand noch offen auf meinem Tische. Ich hatte in meinen Liebesbriefen getramt.

Huiii . . . ein unternehmungslustiger Wind, so ein toller, unverkämter Bursche, fuhr herein, unter meine Briefe, saufte wieder aus dem Fenster . . . und nahm meine liebenswürdigsten Liebesbriefe ohne Ausnahme mit!

Die Ausschüfte für den nächsten Tag! Stellen sie sich vor: Meine 77 Briefe im Sande, in den Burgen, in den Strandkörben. Im vollen Vertrauen geschrieben, ohne Verstellung der Handschrift, ohne Namensänderung! Kein Buchstabe fehlte in meinem Namen: Chouquette! Wie viele Chouquette gibt es schon auf der Welt!

Der glühend verlesene Brief von Jean H., würde auf den von Robert folgen. Der, den der vernarrte Henry P. . . schrieb, in die Hände der Madame R. . . In 24 Stunden ist diese ganze Briefschicht aufgehoben, gelesen, auswendig gelernt, von einem zum andern getragen. Wie viele heiße Herzen werden sich an diesem leidenschaftlichen Bestammel, an diesen glühenden Worten entflammen!

Am Morgen würden sie sich wie immer — eine große Familie — am Strande versammeln, jeder mit seiner Ernte an Liebesbriefen. In die „Geliebte Chouquette!“, an die „Chouquette meines Herzens!“ Ja, dann konnte die Chouquette kommen!

In der Morgendämmerung, als die 77 Liebesbriefe noch erwartungsvoll auf den Plätzen lagen, die der Wind ihnen angewiesen hatte, als noch keiner draußen gewesen sein konnte, ließ ich, den Koffer meiner Großmutter unter dem Arme, zitternd über den Sand, durch die Stadt, zum Bahnhof. Ich hatte meine Sachen ohne irgendeine Erklärung gepackt. Von keinem hatte ich Abschied genommen . . . nun sah ich im Zuge nach Paris.

Gott sei Dank, die Räder begannen zu rollen!

Jetzt wissen Sie, weshalb ich meine Ferien abgekürzt habe! Eins habe ich mir geschworen: Nie mehr darf mir noch einmal einer schreiben, daß er mich liebt!

(Beschäftigte Uebersetzung von Fritz Egan Jacobs.)

